



RISIKO REPORT

Politische Risikoszenarien für die Türkei



CONIAS
RISK
INTELLIGENCE

IMPRESSUM

CONIAS Risk Intelligence GmbH
Julius-Hatry-Str. 1 | 68163 Mannheim
Tel: +49 (0)621 180 68 93 0
info@conias.de | www.conias.com

Geschäftsführer:
Dr. Nicolas Schwank

Sitz der Gesellschaft ist Mannheim
Registergericht: Amtsgericht Mannheim
Handelregister: HRB 720108

Verantwortlich i.S.d.P.: Dr. Nicolas Schwank
Julius-Hatry-Str. 1 | 68163 Mannheim

Gefördert von:
Funk Stiftung | Valentinskamp 18
20354 Hamburg
Tel.: 040 35914-900 | Fax: 040 35914-73956
info@funk-stiftung.org | www.funk-stiftung.org

Autorin des Risikoreports: Magdalena Kirchner
Redaktion: Julia Nelles, Polina Khoroshevskaja
Layout: Magdalena Kirchner, Julia Nelles
Umschlaggestaltung: Marcel Thiäner (Art Director) | www.mtdesigns.de
Titelfoto: www.pixabay.com

Disclaimer: Die Analysen der Reihe „Risiko Report“ können anhand von Daten aus Quellen Dritter lediglich als Ausgangspunkt dienen, um wirtschaftliche Entscheidungsprozesse die das jeweilige Land betreffen, zu unterstützen. Die gegebenen Handlungsempfehlungen erheben jedoch keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit und müssen kontinuierlich hinsichtlich aktueller Entwicklungen überprüft werden. CONIAS gewährleistet daher nicht die sachliche Richtigkeit oder Vollständigkeit der Daten sowie der beschriebenen politischen Risikoszenarien, die eine eigenständige Abwägung von Risiken im Einzelfall nicht ersetzen können. Eine Haftung von CONIAS ist insoweit ausgeschlossen.

Im Interesse einer besseren Lesbarkeit wird in diesem Bericht in der Regel nicht ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Die gewählte männliche Form schließt stets eine adäquate weibliche Form gleichberechtigt ein.

Redaktionsschluss: 01.08.2018



Die Republik Türkei ist ein Brückenland, geographisch und auch zwischen verschiedenen kulturellen und soziopolitischen Kontexten.¹ Das türkische Territorium erstreckt sich über 783,562 Quadratkilometer und wird von fast 81 Millionen Menschen bewohnt. Sollte die Türkei also eines Tages doch der Europäischen Union (EU) beitreten, wäre sie noch vor Frankreich der flächenmäßig größte und – knapp vor Deutschland – auch der bevölkerungsreichste Mitgliedsstaat.² Selbst auf dem asiatischen und europäischen Kontinent gelegen, grenzt die Türkei sowohl an das Mittelmeer als auch an das Schwarze Meer und liegt an bedeutenden Handels- und Seerouten. Mit einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von 842,21 Mrd. US\$ (2017) wird die Türkei von der Weltbank weiterhin als „Emerging and Developing“ eingestuft und liegt in der Gruppe der G20 noch vor Argentinien, Saudi Arabien und Südafrika auf Platz 17.³ Mit einer Wirtschaftswachstumsrate von 7,4 % in 2017 liegt die Türkei sogar vor China und stellt in dieser Kategorie auch die Spitze der G20-Staaten. Demgegenüber steht allerdings aktuell auch eine Inflationsrate im zweistelligen Bereich und ein dramatischer Wertverlust der türkischen Lira (TRY).

Historisch gesehen ist die enorme Energieabhängigkeit eine der großen Achillesfersen des Landes; 99 % des Gas- und 76 % des gesamten Energieverbrauchs werden durch Importe gedeckt.⁴ Im Zentrum der türkischen Außenwirtschaft steht die EU: Ein bilaterales Assoziierungsabkommen wurde 1963 geschlossen, seit 1996 gibt es eine Zollunion und 1999 erhielt die Türkei den Status als Beitrittskandidat der EU. Auch sicherheitspolitisch ist die Türkei, zu deren Staatsprinzipien die Westintegration gehört, fest in entsprechende Strukturen eingebunden: Seit 1952 ist sie Mitglied der NATO, deren zweitgrößte Streitkraft sie stellt.

Die große Mehrheit (97,8 %) der Türken bekennt sich zum Islam. Die meisten davon sind Sunniten (ca. 78 %), es gibt aber auch alevitische, schiitische, und alawitische Glaubensgemeinschaften sowie eine kleine christliche und jüdische Minderheit. Zum Staatsprinzip des Laizismus gehört seit 1923 aber nicht nur eine strikte Trennung von Politik und Religion, sondern auch die staatliche Kontrolle

religiöser Institutionen und Praxis. Die mit über 70 % größte ethnische Bevölkerungsgruppe der Türken war 1923 namensgebend für die Republik. Kurden stellen etwa 20 % der türkischen Bevölkerung, ihre kulturellen und politischen Rechte wurden jedoch auch mit militärischen Mitteln bis mindestens in die 2000er Jahre stark eingeschränkt. Seit 1984 ist insbesondere der Südosten des Landes vom bewaffneten Konflikt zwischen der Miliz „Kurdische Arbeiterpartei“ (PKK) und den türkischen Streitkräften betroffen – Friedensverhandlungen scheiterten zuletzt 2015.

In den vergangenen Jahren entfernt sich das politische System der Türkei von ihrer langen demokratischen Tradition, was sowohl die wirtschaftliche als auch die politische Prosperität des Landes stark gefährdet.⁵ Seit 2002 in unterschiedlicher Funktion durchgehend an der Macht, regiert der derzeitige Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan zunehmend autoritär. Auch schon vor dem von Juli 2016 bis Juli 2018 verhängten Ausnahmezustand schränkte die Regierung seiner konservativen „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP) Bürgerrechte per Gesetz deutlich ein und eine jüngst in Kraft getretene und hoch umstrittene Verfassungsreform verunsichert internationale Beobachter zunehmend.

Inhaltsverzeichnis

1. Herausforderungen und jüngste Entwicklungen	S.4
2. Politische Stabilität und physische Sicherheit	S.7
3. Rechtliche Sicherheit	S.11
4. Cybersicherheit	S.13
5. Marktstruktur	S.15
6. Arbeitsmarkt	S.19
7. Zukünftige Entwicklungen: drei Szenarien	S.21
8. Handlungsempfehlungen	S.27
9. Weiterführende Literatur	S.28
10. Endnoten	S.28

Um festzustellen, welche strukturellen und politischen Voraussetzungen die Türkei heute für Investitionen und Wachstum bietet, ist es notwendig zu untersuchen,

- ob für ein angemessenes Maß an politischer Stabilität und physischer Sicherheit gesorgt ist,
- ob ein transparentes und effizientes Gerichtswesen den Rechtsstaat schützt,
- wie die Regierung lokal ansässige Unternehmen vor Cyberkriminalität schützt,
- ob die Wirtschaft insgesamt für Investitionen offen ist und inwieweit der Arbeitsmarkt über das notwendige Humankapital verfügt.

All diese Aspekte werden im vorliegenden Bericht untersucht und anschließend auf politische und wirtschaftliche Risiken hin bewertet. Tabelle 1 fasst die

KATEGORIE	RATING
GESAMTRATING	B
POLITISCHE STABILITÄT UND PHYSISCHE SICHERHEIT	B
RECHTLICHE SICHERHEIT	B-
CYBERSICHERHEIT	B
MARKTSTRUKTUR	A-
ARBEITSMARKT	B
Tabelle 1: Übersicht Einzelratings	

Ergebnisse des Hauptteils zusammen. Im Anschluss an diese Bewertung werden drei Ausblicke in die nahe Zukunft der Türkei in Form eines Worst-Case-, Best-Case- und eines Trendszenarios gegeben. Auf diesen Szenarien aufbauend wird der Länderbericht mit einer Reihe von Handlungsempfehlungen bezüglich möglicher Investitionsentscheidungen in der Türkei schließen.

1. HERAUSFORDERUNGEN UND JÜNGSTE ENTWICKLUNGEN

1.1 Welche geschichtlichen Gegebenheiten haben das Land geprägt und inwiefern wirken sie noch heute im Staat nach?

Aus der Niederlage des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg ging 1923 die Türkische Republik hervor, die innen- und außenpolitisch einen klaren Bruch zur Vergangenheit suchte. Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk (1881-1938) verordnete dem Land einen strikten Modernisierungskurs nach westlichem Vorbild. Sein Plan, eine kulturell, ethnisch und religiös hoch diverse Staatsbevölkerung zu einer homogenen Nation zu vereinen, stieß jedoch auch auf Gegenwehr: Bei kurdischen Aufständen im Osten des Landes kamen zwischen 1924 und 1938 mehrere zehntausend Menschen ums Leben, Tausende wurden deportiert oder vertrieben. Auch die folgenden Jahrzehnte waren von Instabilität geprägt: In 40 der ersten 78 Jahre nach der Staatsgründung galt zumindest in Teilen des Landes der Ausnahmezustand; es kam wiederholt zu Militärputschen und der Formierung der PKK in den späten 1970er Jah-

ren. Erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre sorgten vor allem wirtschaftliche Reformen für eine Verbesserung der Situation.

Die Einbindung in westliche Institutionen ist seit jeher Teil der türkischen Staatsraison. Obwohl das Land seit 1952 Mitglied der NATO ist, blieben auch seine Beziehungen zu ihren westlichen Nachbarn nicht spannungsfrei: Bis heute bestehen Territorialstreitigkeiten mit Griechenland und 1974 intervenierte die Türkei militärisch in Nordzypern, wofür sie zeitweise von den USA mit einem Waffenembargo belegt wurde. Bis in die 1990er Jahre hinein verfolgte man zudem eine Strategie der Abgrenzung gegenüber der südlichen und östlichen Nachbarschaft. Erst ab Mitte der 2000er Jahre kam es zu einer aktiven, zunächst von wirtschaftlichen Exportinteressen getriebenen Politik gegenüber dem Nahen Osten.⁶

Im Zuge des EU-Beitrittsprozesses wurde der traditionell starke Einfluss der Streitkräfte signifikant zurückgedrängt, auch wenn die parlamentarische Kontrolle der Armee weiterhin stark unterentwickelt ist. Als selbsternannte „Hüterin“ der Verfassung entmachtete das Militär 1960, 1971, 1980 und 1997 demokratisch gewählte Regierungen teils hoch gewaltsam und sicherte sich derart viele Privilegien, dass zivile Regierungen de facto unter militärischer „Vormundschaft“ standen. Ein erneuter Umsturzversuch scheiterte am 15. Juli 2016, auch aufgrund einer breiten Ablehnung durch die Bevölkerung.⁷ Der Putschversuch richtete sich gegen die AKP-Regie-

rung, die nach einer schweren Wirtschaftskrise 2001 an die Macht gekommen war und seit 2002 nahezu ununterbrochen die Mehrheit der Abgeordneten stellt. Durch einen wirtschaftlichen Reformkurs, die Normalisierung der zivil-militärischen Beziehungen und eine gesellschaftspolitische Öffnung entwickelte sich die Türkei unter der AKP für viele zum „Modellstaat“, in dem eine konservative muslimische Bevölkerungsmehrheit mit Demokratie und Westbindung vereinbar sei.⁸ Seit Beginn der 2010er Jahre hat sich dieser Trend jedoch in vielen Punkten umgekehrt und die Türkei durchlebt derzeit eine ihrer schwersten innen- und außenpolitischen Krisen.⁹

1.2 Wie lässt sich das politische System des Staates beschreiben und welche Entwicklungen oder Bedenken gibt es?

Seit 1923 war die verfassungsgemäße Staatsordnung der Türkei die einer parlamentarischen Republik. Auf Initiative der AKP-Regierung hin stimmte die Mehrheit der türkischen Wahlberechtigten in einem Referendum am 16. April 2017 für einen Wechsel zu einem Präsidialsystem, das mit den gemeinsamen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 24. Juni 2018 in Kraft trat. Die 600 Abgeordneten der Großen Türkischen Nationalversammlung (TBMM) werden auch weiterhin nach dem Verhältniswahlrecht gewählt. Es besteht zwar eine im internationalen Vergleich sehr hohe Sperrklausel von zehn Prozent, seit Anfang 2018 erlaubt das Wahlrecht aber die Bildung von Parteienbündnissen und damit auch kleineren Parteien den Einzug ins Parlament. Das offizielle Staatsoberhaupt, der Präsident, wird seit einer Gesetzesänderung 2007 direkt für eine Amtszeit von fünf Jahren gewählt.

Das Amt bekleidet seit 2014 der ehemalige Premierminister Erdogan (2003-2014). Spätestens seit der Niederschlagung der landesweiten „Gezi-Park“-Proteste im Sommer 2013 gilt die demokratische Transition der Türkei als rückläufig; 2018 hat die Organisation Freedom House die Türkei erstmals seit 1999

als „nicht frei“ eingestuft.¹⁰ Der Errichtung eines De-facto-Monopols regierungsfreundlicher Medien stehen massive Einschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit gegenüber, die durch einen landesweiten Ausnahmezustand von Juli 2016 bis Juli 2018 noch zugenommen haben. Mit dem Verfassungswandel geht eine substantielle formale Schwächung der Legislative und Judikative zugunsten der von Präsident Erdogan angeführten Exekutive einher, aber auch die Entlassung zehntausender Richter und Staatsanwälte sowie politisch motivierte Absetzung und Strafverfolgung dutzender gewählter Abgeordneter und Bürgermeister hat das politische Gleichgewicht in der Türkei aus den Angeln gehoben.

Die Zentralisierung der politischen Macht in den Händen des 64 Jahre alten Erdogan wirft auch Fragen für die Zukunft des Landes auf: Die Ernennung seines Schwiegersohns und ehemaligen Energieministers Berat Albayrak zum Finanzminister und Mitglied des Nationalen Sicherheitsrats im Juli 2018 deuten Beobachter als Versuch Erdogans, diesen als möglichen Nachfolger zu etablieren.¹¹

1.3 Welche Entwicklungen und Eigenheiten kennzeichnen die Wirtschaft des Staates?

Wiederholte Finanzkrisen zwischen den 1950er und 80er Jahren hatten zu einer manifesten politischen und gesellschaftlichen Instabilität in der Türkei bei-

getragen – mehrfach kam es zu Unruhen, Militärputschen, aber auch zur Abwanderung türkischer Arbeitskräfte nach Mittel- und Westeuropa.¹²

Ab 1982 leitete Ankara eine wirtschaftspolitische Wende hin zu einer exportorientierten Industrialisierung ein; der Anteil dieses Sektors am BIP verdreifachte sich zwischen 1980 und 1988 zu Lasten des zuvor dominierenden Agrarsektors.¹³ Der Abbau von Handelshemmnissen ebnete 1995 den Weg in eine Zollunion mit der EU – ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) besteht bereits seit 1963. Die wirtschaftliche Integration – die EU ist mit Abstand der wichtigste Handelspartner der Türkei – wird, ebenso wie die seit 2005 anhaltenden Beitrittsverhandlungen, unter anderem vom Zypernkonflikt überschattet.¹⁴ Der liberale Wirtschaftskurs und eine effektive Sparpolitik der AKP konnten zwar einige Jahre lang die traditionell hohe Inflation einhegen, Investitio-

nen aus dem Ausland steigern und die Exportwirtschaft weiter ankurbeln, dennoch blieben strukturelle Defizite bestehen.¹⁵ Die Türkei weist mit derzeit 5,9 Mrd. US\$ ein international deutlich überdurchschnittliches Leistungsbilanzdefizit auf, was auch auf die weiterhin hohe Abhängigkeit von Energieimporten zurückzuführen ist – eine „Überhitzung“ der Wirtschaft gehört traditionell zu den größten Risiken.¹⁶ Obwohl die Staatsschuldenquote laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) mit 27,8 % des BIP deutlich unter dem Niveau Westeuropas liegt, stellt die große Auslandsverschuldung türkischer Unternehmen, die sich von 2007 bis 2017 auf 308 Mrd. US\$ verdoppelt hatte, ein dauerhaftes Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung dar.¹⁷

1.4 Welche strukturellen Gegebenheiten bedürfen besonderer Betrachtung und wie haben sie sich entwickelt?

Die Türkei beherbergt derzeit etwa 3,9 Millionen Flüchtlinge, mehr als jedes andere Land der Erde. Die mit Abstand größte Gruppe unter ihnen sind Syrer, von denen nur etwa 200.000 in festen Lagern im Südosten leben, aber auch Iraker, Iraner, Afghanen und Somalier sind in den vergangenen Jahren verstärkt in die Türkei gekommen.¹⁸

Obwohl Ankara die Asylgesetzgebung angepasst hat, um Syrern einen offiziellen Flüchtlingsstatus zu gewähren und etwa 30.000 Syrer in den vergange-

nen Jahren zudem die türkische Staatsbürgerschaft erhalten haben, herrscht sowohl auf Seite der Neuankömmlinge als auch der Aufnahmegesellschaft große Unsicherheit über das zukünftige Miteinander.¹⁹ Umfragen zufolge lehnt eine deutliche Mehrheit der Türken eine dauerhafte Präsenz der Flüchtlinge ab. In Izmir, Ankara, Istanbul und Gaziantep kam es 2017 und 2018 wiederholt auch zu Zusammenstößen und Ausschreitungen gegen syrische Geschäfte.²⁰

1.5 Welche strategischen Chancen und Risiken gilt es für Unternehmen zu beachten?

Chancen	Risiken
Besondere geographische Lage	Instabile geopolitische Nachbarschaft
Staatliche Förderung von Infrastrukturprojekten	Hohes Leistungsbilanzdefizit und Abhängigkeit von externer Finanzierung
Junge Bevölkerung und niedrige Lohnkosten	Anfälligkeit des Wechselkurses
Dynamischer, konsumorientierter Binnenmarkt	Refinanzierungsrisiko insb. kleinerer Banken und Unternehmen
Zollunion mit der Europäischen Union	Gesellschaftliche Spaltung und sinkende Rechtssicherheit

Tabelle 2: Chancen und Risiken²¹

1.6 Welche spezifischen Faktoren und Ereignisse beeinflussen das Länderrisiko?

Der Kreditversicherer Euler Hermes stuft das seit 2013 kontinuierlich angestiegene Länderrisiko für die Türkei aktuell als „erhöht“ ein und trotz positiver Wachstumszahlen bleibt die Wirtschaft weiterhin krisenanfällig.²² Die derzeitige Zurückhaltung internationaler Investoren, die für die stark von externer Finanzierung abhängigen Wirtschaft besonders problematisch ist, beruht einerseits auf der veränderten Sicherheitslage und andererseits an innen- und wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen der Regierung. Der syrische Bürgerkrieg in direkter Nachbarschaft, die erneute Eskalation zwischen Armee und PKK, Terroranschläge mit hunderten Toten in den Jahren 2015/16, der blutige Putschversuch im Juli 2016 aber auch die internationalen Konflikte Ankaras mit Russland, westlichen Partnern und einigen arabischen Staaten haben das Bild von der Türkei als Drehscheibe für den weltweiten Handel, attraktiven Produktionsstandort und Urlaubsziel deutlich verändert. Eine noch aggressiver nationalistisch ausgerichtete Außenpolitik durch den jüngsten Wahlerfolg der ultra-rechten "Partei der Nationalistischen Bewegung" (MHP) könnte diesen Trend weiter verstärken.²³ Neben physischer Unsicherheit und einem gestiegenen Sanktionsrisi-

ko stellt vor allem die Schwächung politischer Institutionen – allen voran das Verfassungsgericht und die Zentralbank - einen großen Risikofaktor dar.

Während das Wachstum auf eine kurzfristig erfolgreiche „Stützungs politik“ durch Kredite, groß angelegte Infrastrukturprojekte und gezielte Maßnahmen zur Erhöhung des privaten Konsums im Inneren zurückgeführt wird, blicken Ratingagenturen mit Sorge auf ein Leistungsbilanzdefizit von über 7 % und den teils dramatischen Wertverlust der Lira bei einer Inflation im dauerhaft zweistelligen Bereich.²⁴ Im Mittelpunkt dieser Kritik steht die Zentralbank, deren Unabhängigkeit schon seit einigen Jahren als faktisch kaum mehr gewährleistet gilt. Offene Einflussnahme der Regierung bedingte, dass auf eine Inflationsrate von aktuell 10,3 % - immerhin doppelt so viel wie das eigens angesetzte Ziel von 5 % - in den vergangenen Monaten entweder nicht oder nur sehr zögerlich reagiert wurde. Nach seiner Wiederwahl hat Erdogan seinen Einfluss auf die Zentralbank noch weiter erhöht – die Ratingagentur Fitch reagierte prompt und stufte die Kreditwürdigkeit der Türkei am 13. Juli 2018 von BB+ auf BB herab.²⁵

2. POLITISCHE STABILITÄT UND PHYSISCHE SICHERHEIT²⁶

Politische Risiken, die sich auch destabilisierend auf die physische Sicherheit in der Türkei auswirken, lassen sich im Wesentlichen in drei zwischen- und innerstaatliche Konfliktkomplexe gruppieren

(Tabelle 4): erstens, weitgehend gewaltlose Konflikte zwischen der Regierung auf der einen und der inner- und außerparlamentarischen Opposition auf der anderen Seite über die politische Verfasstheit – „Turkey (opposition)“ – und soziale Missstände – „Turkey (social conflicts)“ - im Land, was auch mit einer zunehmenden Ablehnung der Flüchtlingspolitik der AKP im Konflikt „Turkey (Refugees)“ einhergeht. Darüber hinaus gibt es eine Reihe hoch gewaltvoller und zudem transnational ausgefochtener Kon-

flikte der türkischen Sicherheitskräfte einerseits und der PKK beziehungsweise dem selbsternannten Islamischen Staat (IS) andererseits. An dritter, aber nicht weniger bedeutsamer Stelle, stehen bilaterale Spannungen mit durchaus signifikantem Eskalationsrisiko, vor allem mit Griechenland, Zypern, aber auch Russland, Syrien und den USA.

KATEGORIE	RATING
POLITISCHE STABILITÄT	B
PHYSISCHE SICHERHEIT	B+

Tabelle 3: Rating Politische Stabilität und Physische Sicherheit

Eine signifikante außerparlamentarische Opposition zur amtierenden AKP-Regierung und gegen den zunehmend autoritären Führungsstil Erdogans formierte sich erstmals zwischen Mai und Juli 2013 im Zuge der Proteste gegen die Errichtung eines Einkaufszentrums im Istanbuler Gezi-Park. Die Demonstrationen weiteten sich, auch aufgrund der repressiven

Reaktion der Sicherheitsbehörden rasch aus, und mobilisierten zeitweise bis zu 3,5 Millionen Teilnehmer – acht Personen verloren im Laufe der Proteste ihr Leben, tausende wurden verwundet.²⁷ Aufgrund der, in Folge der Proteste und vor allem seit dem gescheiterten Militärputsch, bei dem in der Nacht vom 15. Juli 2016 etwa 250 Menschen getötet wur-

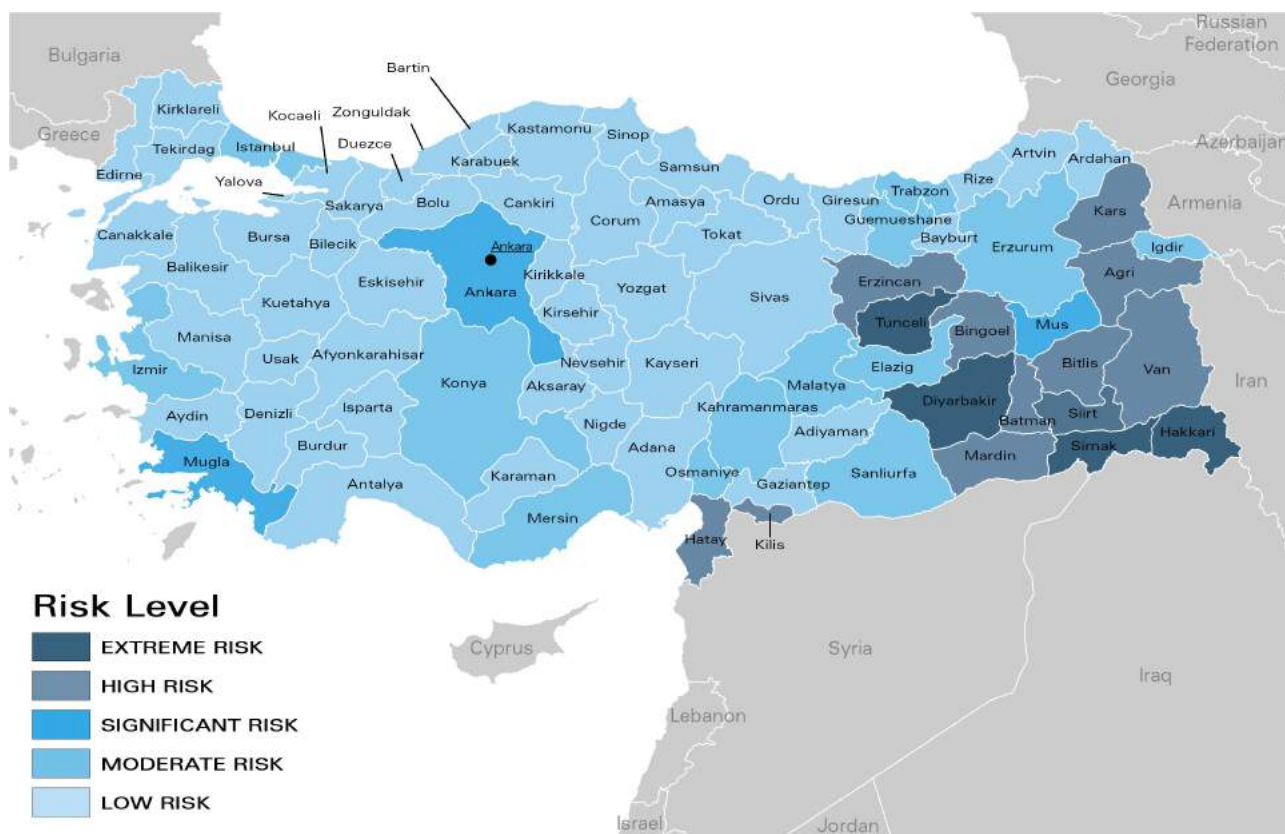


Abbildung 1: Risikokarte Türkei

den, stark eingeschränkten Versammlungsfreiheit, kommt es sowohl im Konflikt „Turkey (opposition)“ und „Turkey (social conflicts)“ vereinzelt, aber primär dann zu Zusammenstößen, wenn sich die Sicherheitskräfte entschließen, Demonstrationen auch unter Einsatz von Tränengas aufzulösen.²⁸ Hinzu kommt allerdings eine Vielzahl nicht gewaltsamer Repressionsmaßnahmen, wie die Entlassung von über 150.000 Staatsbediensteten und Inhaftierung von 79.000 Personen, die entweder der Unterstützung oder Mitgliedschaft der seit 2014 verbotenen Gülen-Bewegung oder der PKK beschuldigt werden.²⁹ Dem Komitee zum Schutz von Journalisten zufolge führt die Türkei seit 2016 mit über 70 inhaftierten Medienschaffenden die weltweite Negativliste an.³⁰ Die wiederholte Verhaftung mehrerer deutscher, aber auch Bürger anderer EU- und NATO-Staaten, darunter Journalisten und Menschenrechts-

aktivisten, Touristen, Botschaftsangehörige und Soldaten als Terrorverdächtige, belastet seit 2016 die Beziehungen Ankaras zu diesen Staaten enorm.³¹

Nach einer Phase der Deeskalation, die eine Waffenruhe und auch die Aufnahme direkter Verhandlungen zwischen der Regierung und der PKK-Führung beinhaltete, wird der Konflikt „Turkey (PKK)“ seit Mitte des Jahres 2015 wieder hoch gewaltsam und insbesondere seit 2016 auch immer stärker transnational ausgetragen. Zwischen dem 20. Juli 2015 und dem 04. Juli 2018 sind 3.917 Menschen bei Kampfhandlungen zwischen Militär und PKK-Kämpfern, aber auch bei Anschlägen gestorben, darunter mindestens 425 Zivilisten. Mehr als 350.000 Bewohner der südöstlichen Provinzen wurden durch die Gewalt aus ihren Häusern und Heimatorten vertrieben.³²

Die türkische Luftwaffe und Landstreitkräfte gehen auch außerhalb des eigenen Territoriums gegen Stellungen der PKK und mit ihr affiliierten Organisationen wie der syrisch-kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) im Nordirak und im Norden Syriens vor. Auch um diesen Gruppierungen einen strategischen Rückzugsort zu verwehren, entschied sich Ankara zu zwei großangelegten Militäroperationen

gegen die YPG im syrischen Grenzgebiet, die Operationen „Euphrat-Schild“ (August 2016 - März 2017) und „Olivenzweig“ (Januar – März 2018). Im Januar und Februar 2018 kamen durch den Beschuss der türkischen Grenzstädte Kilis und Reyhanli mit Raketen, die von syrischem Territorium aus abgefeuert worden waren, mehrere Personen zu Tode.³³

Konflikt	Akteure	Konfliktitem	Startdatum
Turkey (opposition)	Opposition Groups vs. Government	National Power, System/Ideology	14.05.1950
Turkey (social conflicts)	Civil Society Groups vs. Government	System/Ideology	29.10.1923
Turkey (IS)	IS (Islamic State) vs. Government	System/Ideology	30.09.2013
Turkey (PKK)	PKK (Kurdistan Workers' Party) vs. Government	Autonomy	27.11.1978
Turkey (Refugees)	Refugees vs. Government, Turkish Citizens, Right-Wing Groups	Other	29.04.2011
Turkey – Armenia	Turkey vs. Armenia	International Power, Other	21.09.1991
Turkey – EU	Turkey vs. European Union	International Power	14.04.1987
Turkey – Greece (border)	Turkey vs. Greece	Territory, Resources	10.02.1947
Turkey – Russia	Turkey vs. Russia	International Power	24.11.2015
Cyprus – Turkey	Cyprus vs. Turkey	Territory, International Power, Resources	25.08.1954
Syria – Turkey	Syria vs. Turkey	Territory, International Power, Resources	17.04.1946

Tabelle 4: Konfliktübersicht

Trotz der massiven Anschlagsserie 2015/2016 und der weiterhin wichtigen Rolle der Türkei als zentrales Transitland für ausländische, aber - angesichts der dramatischen Verluste des IS in Syrien - auch reguläre IS-Kämpfer, ist der Konflikt „Turkey (IS)“ zuletzt deutlich deeskaliert.³⁴

Während die innenpolitischen Entwicklungen in der Türkei die Verhandlungen Ankaras über einen EU-Beitritt de facto zum Erliegen gebracht haben („Turkey (EU)“), könnten andere zwischenstaatliche Konflikte darüber hinaus jedoch noch weiter eskalieren. Unterschiedliche Interessen im syrischen Bürgerkrieg brachten Ankara und Damaskus („Syria - Turkey“), aber auch Moskau im Konflikt „Turkey (Russia)“ wiederholt an den Rand einer manifesten militärischen Auseinandersetzung – für den Abschuss eines Sukhoi Su-24 Kampffluggesetzes im November 2015 entschuldigte sich Erdogan letztlich im Juni 2016 persönlich, weshalb sich die Beziehungen seitdem deutlich entspannt haben. Dies liegt auch an historisch schlechten bilateralen Beziehungen zwischen der Türkei und den USA, deren militärische Kooperation mit der YPG gegen den IS in Nordostsyrien von Teilen der türkischen Führungseliten als „casus belli“ gesehen wird.³⁵

Auch der weiterhin ungelöste Konflikt um die Mittelmeerinsel Zypern, in dem die Türkei als eine der drei Garantiemächte den einseitigen Abzug der seit

1974 in Nordzypern stationierten 30.000 Truppen ablehnt, hat zuletzt an Brisanz gewonnen.³⁶ Einerseits setzte die Türkei im März 2018 sogar Kriegsschiffe ein, um internationale Erdgaserkundungen vor Zypern zu blockieren, andererseits hat die Festnahme zweier griechischer Soldaten im selben Monat als Retourkutsche für die Nichtausliefe-

rung vermeintlicher türkischer Putschisten die Sorge vor einer weiteren Konfrontation zwischen Ankara und Athen weiter erhöht.³⁷ Die Konkurrenz um natürliche Ressourcen im östlichen Mittelmeer stellt auch eine Herausforderung für die Beziehungen zu Israel, Ägypten und dem Libanon dar.

2.1 Kann der Staat unter Berücksichtigung aller laufenden inner- und zwischenstaatlichen Konflikte seine Souveränität, also die Wahrung von Recht und Ordnung, im gesamten Staatsgebiet durchsetzen?

Trotz umfassender Umstrukturierungen und Entlassungen im Sicherheitssektor verfügt die Türkei weiterhin über die zweitgrößte Armee der NATO sowie einen stark ausgebauten Polizeiapparat. Im Herbst 2017 wurde auch das paramilitärische „Dorfwächter“-System durch die Rekrutierung tausender kurdischer Milizionäre im Südosten wieder neu aufgelegt.³⁸ Nichtsdestotrotz wirkt sich die schiere Fülle

der Konflikte auch auf die entsprechenden Bewertungen aus. So platzierte das World Justice Project die Türkei im Indikator „Order and Security“ 2018 mit einem Wert von 0.52/1 noch hinter Uganda, was vor allem auf den Teilaspekt „Absence of civil conflict“ (0.32/1) zurückzuführen ist.³⁹ Das Auswärtige Amt rät dringend von Reisen in Gebiete ab, die regelmäßig vom Konflikt „Turkey (PKK)“ betroffen sind.⁴⁰

2.2 Oder gibt es, z.B. geographisch entfernt liegende Staatsgebiete, in denen andere Parteien einen großen Einfluss haben?

Die PKK ist bereits 2005 offiziell vom Ziel, einen eigenen Staat auf türkischem Territorium zu errichten, abgerückt. Dennoch ist die Frage der politischen Autonomie des Südostens weiterhin ungeklärt.

Im August 2015 erklärten sich einige Bürgermeister der pro-kurdischen „Partei der Demokratischen Regionen“ (DBP) für autonom von Ankara und Mitglie-

der des PKK-Ablegers „Patriotisch revolutionäre Jugendbewegung“ (YDG-H) errichteten Straßensperren unter anderem in Sur, Cizre, Nusaybin und Yüksekova.⁴¹ Die Regierung beantwortete dies kurzfristig mit der Absetzung der betreffenden Bürgermeister, Ausgangssperren und dem Einsatz des Militärs, mittelfristig mit der Entlassung dutzender weiterer kurdischer Volksvertreter.⁴²

2.3 Inwiefern sind Bürger des Staates oder ausländische Gäste sowie Unternehmen/Firmen/Fabriken durch politische Gewalt physisch bedroht?

Mit dem Abklingen der in 2.4. beschriebenen Anschlagsserie 2015-2017 hat sich auch die unmittelbare physische Bedrohung für ausländische Gäste und Unternehmen außerhalb der Konfliktgebiete im Südosten des Landes signifikant reduziert. Nach der Ausrufung des Ausnahmezustands im Juli 2016 hat sich jedoch die Wahrscheinlichkeit von Festnahmen erhöht, von der auch nicht-türkische Staatsbürger nicht ausgenommen sind, sollten Behörden von einer Verbindung zum IS, zur PKK oder zur Gülen-Bewegung ausgehen.⁴³ In einigen Fällen, die auch deut-

sche und US-amerikanische Bürger betrafen, wurde entgegen völkerrechtlicher Praxis konsularischer und teils auch medizinischer Zugang erst mit mehrmonatiger zeitlicher Verzögerung gewährt.⁴⁴

2.4 Wie oft kommt es darüber hinaus zu politisch motivierter Gewalt inklusive Terroranschlägen?

Zwischen Mitte 2015 und Anfang 2017 wurde die Türkei wiederholt Ziel von Terroranschlägen, bei denen insgesamt mehrere hundert Menschen starben und verletzt wurden.⁴⁵ Die Gewalt richtete sich sowohl gegen staatliche Einrichtungen (Polizei, Militär), aber auch gegen einfache Zivilisten und Touristen. Zu mehreren Autobombenanschlägen, denen überwiegend Sicherheitskräfte zum Opfer fielen, bekannten sich die „Freiheitsfalken Kurdistans“ (TAK), die weithin als Schwesterorganisation der PKK angesehen werden. Türkische, syrische und zentralasiatische IS-Kader töteten – oftmals allerdings ohne Bekenntnis des IS selbst – bei Attentaten sowohl politische Aktivisten aus dem linken und pro-

kurdischen Spektrum als auch Touristen. Bei einem Anschlag auf den Istanbul Flughafen Atatürk töteten IS-Kämpfer mit Schusswaffen und Sprengstoffwesten 45 Menschen und verwundeten etwa 240 weitere. Seit Januar 2017 hat sich die Lage deutlich verbessert, was vor allem auf die organisatorische Schwächung des IS und der PKK/TAK durch türkische und internationale Militäroperationen sowie deutlich erhöhte Sicherheitsvorkehrungen zurückzuführen ist. Während die Rückkehr ausländischer IS-Kämpfer in oder durch die Türkei weiterhin ein manifestes Sicherheitsrisiko darstellt, haben sich Befürchtungen einer neuen Terrorwelle in Folge der "Operation Olivenzweig" bisher nicht bestätigt.

3. RECHTLICHE SICHERHEIT

Im Jahr 2023 wird Ankara das 100-jährige Bestehen der türkischen Republik feiern. Ob diese dann auch noch den Ansprüchen von Demokratie und Rechtsstaat genügt, darf bezweifelt werden. Im Rule of Law Index des World Justice Project erreichte die Türkei Anfang 2018 mit einem Wert von 0,42/1 gerade noch Rang 101 von 113 und verschlechterte sich

damit um zwei Plätze gegenüber dem Vorjahr. Unter den Staaten Osteuropas und Zentralasiens bildete sie das Schlusslicht.⁴⁶ Seit 2011 haben verschiedene Verfassungs- und Gesetzesreformen die Einflussmöglichkeiten von Parlament und Justiz verringert, doch mit dem Verfassungswandel zum exekutiven Präsidialsystem ist eine effektive Gewaltenteilung kaum mehr möglich. Seit einem massiven Korruptionsskandal Ende 2013 hat sich die faktische politische Einflussnahme auf die Justiz stark erhöht und

KATEGORIE	RATING
GESAMTRATING RECHTLICHE SICHERHEIT	B-
SCHUTZ DER EIGENTUMSRECHTE (1)	B
UNABHÄNGIGKEIT DER GERICHTE (2)	C-
DURCHSETZBARKEIT VON VERTRÄGEN (3)	B+
FUNKTIONSFÄHIGKEIT DES JUSTIZSYSTEMS (4)	B-
KORRUPTION (5)	C+

Tabelle 5: Rating Rechtliche Sicherheit

der zwei Jahre anhaltende landesweite Ausnahmezustand nach dem gescheiterten Putschversuch am 15. Juli 2016 hat es insbesondere dem Staatspräsidenten ermöglicht, das Land per Dekret allein zu regieren.⁴⁷ Zwar galten sowohl das Verfassungsreferendum am 16. April 2017 als auch die jüngsten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 24. Juni 2018 als frei, wurden aber von vielen Beobachtern als hochgradig unfair kritisiert.⁴⁸

3.1 Schützt der Staat die Eigentumsrechte von Bürgern und Unternehmen?

Auch wenn Art. 35 der Verfassung ein Recht auf Eigentum vorsieht und dies auch funktional und legal als ausreichend geschützt gilt, ging vor allem wäh-

rend des Ausnahmezustands mit der Möglichkeit der gesetzlichen Einschränkung „im öffentlichen Interesse“ eine große Unsicherheit einher.⁴⁹

Das Notstandsdekret 674 vom 01.09.2016 verfügte durch eine Änderung der Strafprozessordnung, dass beschlagnahmte Unternehmen einer Zwangsverwaltung unterworfen werden und im Nachgang per Gerichtsbeschluss an den staatlichen Einlagenschutzfonds TMSF überstellt werden können. Dies kommt Experten zufolge einer faktischen entschädigungslosen Enteignung gleich, denn der Staat kann die entsprechenden Assets anschließend veräußern, ohne dass das Unternehmen hierfür eine Gegenleistung erhalten würde.⁵⁰ Seit Juli 2016 sind dem TMSF, eigenen Angaben zufolge, 1.124 Unternehmen in einem Wert von 11 Mrd. US\$ unterstellt worden. Regierungskritiker schätzen das inoffizielle

Ausmaß der Beschlagnahmungen hingegen auf bis zu 100 Mrd. US\$.⁵¹

Die Entwicklungen in den ersten 12 Monaten nach dem Putschversuch bewertete die Heritage Foundation daher im Subindikator "Property Rights" mit einem deutlichen Punktabzug: Stand die Türkei unmittelbar vor dem 15. Juli noch bei 61,3/100, erhielt sie 2018 nur noch 54,7/100 und liegt damit auf Rang 34 im innereuropäischen Vergleich.⁵² Auch wenn ausländische Unternehmen bisher noch nicht direkt von Beschlagnahmungen betroffen sind, sollten Investoren diese Situation genau beobachten.⁵³

3.2 Sind die Gerichte unabhängig vom Einfluss der Exekutive und anderer staatlicher Organe?

Der jüngste Bericht der EU-Kommission, der die Türkei auf ihrem Weg in die EU bewertet, konstatierte in diesem Bereich deutliche Rückschritte.⁵⁴ Eine entsprechende Verfassungsänderung erhöhte bereits 2010 den formalen Einfluss des Parlaments und damit faktisch der AKP-Regierung auf die Gerichtsbarkeit, doch in den vergangenen Jahren bedrohen massenhafte Entlassungen im Justizwesen, offene politische Einflussnahme auf laufende Verfahren und schließlich auch die jüngste Verfassungsreform die Unabhängigkeit der Gerichte.⁵⁵ Diese sieht nun auch vor, dass der Rat der Richter und Staatsanwälte, der unter anderem für deren Ernen-

nung, Beförderung und Entlassung sowie die Bestimmung der gerichtlichen Zuständigkeit verantwortlich ist, nicht nur von 22 auf 13 Mitglieder reduziert wird. Vielmehr werden sechs Mitglieder nun direkt oder indirekt vom Staatspräsidenten ernannt, was einen enormen Einflussgewinn der Exekutive bedeutet.⁵⁶ Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den Ratings des Rule of Law Index 2018 wider, wo die Türkei mit 0,23/1 im Subindikator „No Improper Government Influence“ im Bereich der Zivilgerichtsbarkeit sogar auf dem sechstletzten Platz von 113 Staaten rangiert.⁵⁷

3.3 Sind Verträge grundsätzlich vor Gericht durchsetzbar?

In Bezug auf die Frage, inwieweit und zu welchen Bedingungen geschlossene Verträge auch durchgesetzt werden können, erreicht die Türkei derzeit einen Wert von 68,87 von 100 möglichen Punkten im Indikator „Enforcing Contracts“ im Doing Business Index der Weltbank 2018 und liegt damit noch vor Bulgarien (67,04/100) und dem regionalen Durchschnitt für Europa und Zentralasien (65,38/100).⁵⁸

Die durchschnittliche Prozessdauer von 580 Tagen auf unterster Ebene ist deutlich länger als im regionalen Durchschnitt (489,9 Tage); die Prozesskosten, die von der Weltbank mit etwa einem Viertel des Streitwerts beziffert werden, sind jedoch etwas niedriger als im regionalen Vergleich (26,2 %).⁵⁹

Was die tatsächliche Qualität des Verfahrens angeht, wird die Türkei trotz Ausnahmezustands mit 13 von 18 möglichen Punkten deutlich überdurchschnittlich (10/18) eingestuft.⁶⁰ Mittelfristig dürften sich aber die Entlassungen von über einem Viertel aller Richter und Staatsanwälte seit dem Putschversuch auch in diesem Bereich negativ auswirken.⁶¹

3.4 Ist das Justizsystem funktionsfähig?

Im direkten Vergleich mit der Zeit vor dem Putschversuch schätzt die Heritage Foundation in ihrem Index of Economic Freedom die Effektivität der Justiz im Subindikator „Judicial Effectiveness“ ein wenig höher ein (54,5/100) als zuvor (53,5/100). In der Gruppe der europäischen Länder rangiert sie damit auf Platz 34 von 44, noch vor den EU-Mitgliedern Bulgarien (42,5/100) und Slowakei (38,8/100).⁶²

Wesentlich kritischer bewertete die EU-Kommission die Situation im April 2018 und bemängelte unter

anderem auch das Fehlen einer Personalgewinnungsstrategie, um die aktuell enorme Überlastung der Gerichte zu reduzieren; schließlich liegt die Türkei derzeit mit 13,9 Richtern und 5,9 Staatsanwälten pro 100.000 Einwohnern deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 21 Richtern und elf Staatsanwälten.⁶³

3.5 Inwiefern und in welchen Regierungsbereichen ist Korruption vorhanden?

Obwohl das türkische Parlament im November 2006 die UN-Konvention gegen Korruption ratifiziert hat, hat sie bisher noch keine unabhängige Kontrollbehörde eingerichtet und auch die strafrechtliche Ahndung hat in den letzten Jahren vor allem im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe signifikant nachgelassen.⁶⁴ Auch hier wirkt sich die Einschränkung der gerichtlichen Unabhängigkeit negativ aus.⁶⁵

In der Gruppe der osteuropäischen und zentralasiatischen Staaten des Rule of Law Index 2018 steht die Türkei in der Kategorie „Absence of Corruption“ zwar hinter Georgien und Belarus auf dem dritten Platz, unter den 113 „Upper Middle Income“ Ländern kommt das G20-Mitglied aber nicht über den 54. Platz hinaus.⁶⁶ Der Vergleich der Regierungsbereiche untereinander macht deutlich, dass vor allem

die Legislative (0,31/1) betroffen ist, und in etwas geringerem Ausmaß auch die Exekutive (0,47/1), das Justizwesen (0,57/1) und die Sicherheitskräfte (0,64/1).⁶⁷

Dem Corruption Perception Index von Transparency International zufolge stand die Türkei 2017 auf Platz 81 von 180 mit einem Wert von 40/100, was einen Verlust von zehn Punkten gegenüber 2013 darstellt, als Ankara noch Rang 53 von 175 bekleidete. Im Dezember eben dieses Jahres hatte die türkische Polizei 17,5 Mio. US\$ Bargeld im Besitz von über 50 der AKP nahestehenden Personen aus Politik und Wirtschaft konfisziert. Vier Minister mussten zwar infolgedessen ihren Hut nehmen, eine strafrechtliche Aufarbeitung wurde von der Regierung aber aktiv behindert.⁶⁸

4. CYBERSICHERHEIT

Der Global Cybersecurity Index (GCI) stuft die Türkei als „maturing“ ein.⁶⁹ Mit einem Gesamtwert von 0,581/1 belegt das Land weltweit den 43. Platz und steht damit zwar schlechter da als noch 2014 (0,647/1), im innereuropäischen Vergleich aber dennoch vor den EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Ungarn auf Rang 22.⁷⁰ Dies entspricht auch den Werten aus

dem G20-internen Cyber Power Index der Economist Intelligence Unit (CPI), der die Türkei 2011 mit

KATEGORIE	RATING
GESAMTRATING CYBERSICHERHEIT	B
JURISTISCHE VORAUSSETZUNGEN (1)	B+
INSTITUTIONELLE VORAUSSETZUNGEN (2)	A
TECHNISCHE SCHUTZVORRICHTUNGEN (3)	A-

Tabelle 6: Rating Cybersicherheit

mit einem Gesamtwert von 30.4/100 Punkten auf dem 15. Platz sah.⁷¹ Die Zahl der Internetnutzer stieg zwischen 2000 und 2011 von zwei auf 35 Millionen Menschen an.⁷² Als Frage der nationalen Sicherheit erlangte Cybersicherheit erstmals im August 2008 mit dem Angriff auf die Baku-Tbilisi-Ceyhan Pipeline, mutmaßlich durch russische Hacker, größere Aufmerksamkeit.⁷³ In den ersten acht Monaten 2017 berichteten türkische Medien über die Zahl von unglaublichen 90 Millionen Cyberangriffen, unter anderem auf das Energieministerium. Im März 2018 griffen nordkoreanische Hacker in der Operation „GhostSecret“ auch mehrere türkische Banken an.⁷⁴

Auch das internationale Hackernetzwerk „Anonymus“ schonte die Türkei nicht und griff auch in Reaktion auf die sukzessive Einschränkung der Meinungs-

freiheit seit 2011 wiederholt Regierungsseiten an. Dies geschah zuletzt im Februar 2018, als mehrfach die Seiten einiger dem Präsidenten nahe stehender Banken und Unternehmen gehackt wurden.⁷⁵ Seit Juli 2016 veröffentlichte die Enthüllungsplattform „WikiLeaks“ knapp 300.000 E-Mails von AKP-Funktionären.⁷⁶

Demgegenüber stehen zahlreiche politisch motivierte Cyber-Maßnahmen der Regierung: So beantragte Ankara allein zwischen Juli und Dezember 2017 die Schließung von 4.294 Twitter-Accounts (vgl. Russland: 1.292) und sperrt seit April 2017 die Plattform „Wikipedia“.⁷⁷

4.1 Hat der Staat die juristischen Voraussetzungen geschaffen, um Cyberkriminalität zu bekämpfen?

Im September 2014 hat das türkische Parlament die Budapester Konvention des Europarates gegen Cyberkriminalität ratifiziert.⁷⁸ Auch in der aktuellen Gesetzeslage spiegeln sich entsprechende nationale und internationale Initiativen seit 2004 wider, unter anderem in Nr. 5237 des Strafgesetzbuchs und der Strafprozessordnung (Nr. 5271).⁷⁹ Seit 2007 reguliert das Gesetz 5651 auch Cyberkriminalität im öffentlichen Raum. 2014 wurde es noch weiter verschärft und ermöglicht nun der Presidency of Telecommunication and Communication (TIB), „schäd-

liche“ Seiten ohne richterlichen Beschluss zu blockieren.⁸⁰

In Bezug auf die rechtliche Umsetzung von Cybersicherheit erreichte die Türkei demzufolge 2011 den 15. Platz im Indikator „Legal and Regulatory Framework“ des Cyber Power Index (49,2/100), der Global Cybersecurity Index 2017 sah allerdings noch Verbesserungsbedarf vor allem in der entsprechenden Schulung von Personal.⁸¹

4.2 Welche institutionellen Voraussetzungen stehen zur Verfügung, um die Cybersicherheit auf nationaler Ebene zu gewährleisten und weiterzuentwickeln?

Zusammen mit den anderen G20-Staaten hat sich die Türkei der „Roadmap for Digitalisation“ vom April 2017 verpflichtet und einen Schwerpunkt auf institutionelle Verbesserungen gelegt.⁸² Gesteuert und koordiniert werden Ankaras Bemühungen im Bereich Cybersicherheit vom 2012 eingerichteten Cyber-Sicherheitsrat, dem neben dem Ministerium für Verkehr, Schifffahrt und Kommunikation (seit Juli 2018 Ministerium für Transport und Infrastruktur) auch Vertreter des Militärs und des Inlandsgeheimdienstes angehören.⁸³ Als Teil des Nationalen Aktionsplans (2013-14) wurde ein National Cyber

Incidents Response Team (USOM, tr-CERT) eingerichtet, das auf Gefahrenlagen schnell reagieren soll und auch als Schnittstelle zu internationalen Organisationen dient.⁸⁴ Die Internetregulierungsbehörde (BTK) wurde zwar bereits im Jahr 2000 gegründet, dennoch gewann sie nach dem Putschversuch stark an Bedeutung und hat, gemeinsam mit USOM, im Januar 2017 aktiv und gezielt um tausende „White Hat Hacker“ geworben, um die weiterhin hohe Zahl der Cyberangriffe deutlich und effektiv zu reduzieren.⁸⁵ Die türkischen Ambitionen, wie sie auch in dem aktuellem „National Cyber Security

Strategy and Action Plan (2016-19)“ und in deren organisatorischer Unterfütterung dargelegt sind, spiegeln sich auch in einer generell positiven Bewertung

der Türkei im Global Cybersecurity Index Report 2017 wider.⁸⁶

4.3 Welche (technischen) Schutzmaßnahmen ergreift das Land, um Cyberrisiken bestmöglich zu begrenzen oder abzuwehren?

Laut Cyber Power Index befand sich die Türkei bereits 2011 mit Blick auf die technologische Infrastruktur und die Sicherheit ihrer Server im G20-Mittelfeld mit einem Wert von 29,9/100 Punkten.⁸⁷ Auch der GCI Report 2017 sieht Ankara im Bereich „Technical Measures“ auf dem gleichen Niveau wie die meisten europäischen Staaten. Auch hier wird Verbesserungspotenzial vor allem in der Aus- und

Weiterbildung sowie Standardisierungen gesehen wird.⁸⁸ Experten schätzen das Land, trotz der getroffenen Vorkehrungen, weiterhin als hoch verwundbar gegenüber Cyberangriffen ein, vor allem mit Blick auf kritische Infrastruktur wie das in den letzten Jahren massiv ausgebaut öffentliche Verkehrsnetz oder die Stromversorgung.⁸⁹

5. MARKTSTRUKTUR

Die türkische Volkswirtschaft ist hoch entwickelt und stark in die globale Weltwirtschaft integriert. Nach dem Militärputsch vom September 1980 hatte sich die türkische Wirtschaftspolitik unter der Ägide des ehemaligen Premierministers und späteren Präsidenten Turgut Özal radikal geändert. Statt einer binnenorientierten Strategie der Importsubstitution verfolgte Ankara nun eine Deregulierung der Märkte, Privatisierungen und die Ausweitung der Exportwirtschaft, deren Wert sich von 2,9 Mrd. US\$ (1980) bis 1988 nahezu vervierfachte.⁹⁰ Auch die AKP setzte, nach einer schweren Krise 2001, ab 2002 auf einen liberalen Wirtschaftskurs und konnte unter anderem die Inflation von 54,4 % (2001) auf 10,6 % (2004) senken.⁹¹ Erstmals bescheinigte die EU der Türkei 2008, in Anerkennung einer straffen Sparpolitik und Fortschritten bei Privatisierungen und Liberalisierung der Energiepreise, den Status einer robusten, „funktionsfähigen Marktwirtschaft.“⁹²

Seit 1995 ist die Türkei Mitglied der WTO und auch durch die Zollunion mit der EU erhält sie seit 1996

KATEGORIE	RATING
GESAMTRATING MARKTSTRUKTUR	A-
GRÜNDUNG VON NIEDERLASSUNGEN (1)	A-
BENACHTEILIGUNG VON AUSLÄNDISCHEN UNTERNEHMEN (2)	A-
IMPORT- ODER EXPORTHÜRDEN (3)	A-
RISIKEN IM ZAHLUNGSBEREICH (4)	B+
HANDESEMBARGOS ODER SANKTIONEN (5)	A-
BRANCHENDIVERSITÄT (6)	A-
WIRTSCHAFTLICHES INTERESSE DES LANDES (7)	A
Tabelle 7: Rating Marktstruktur	

einen weitreichenden Zugang zum europäischen Binnenmarkt der EU, in dem Zölle, mengenmäßige Beschränkungen und Quoten aufgehoben wurden. Durch die seit einiger Zeit angedachte, aber bisher nicht erfolgte Modernisierung und Ausweitung der Zollunion im Agrar- und Dienstleistungssektor (Deregulierung von Banken, Versicherungen) könnte das türkische BIP in der nächsten Dekade deutlich anwachsen.⁹³

5.1 Wie leicht und schnell lassen sich Firmen bzw. Niederlassungen gründen?

Mit einem Wert von 65,4/100 Punkten, knapp über dem internationalen Durchschnitt von 64,9 Punkten, rangiert die Türkei derzeit auf Platz 58 des Index of Economic Freedom und wird als „moderately free“ eingestuft, im europäischen Vergleich steht sie an 28. Stelle von insgesamt 44.⁹⁴ Im Januar 2018 erklärte der damalige stellvertretende Premierminister Recep Akdag mit Blick auf den „Doing Business Index“ der Weltbank, dass Ankara, derzeit auf Rang 60 von 190, einen Platz unter den 20 unternehmerfreundlichsten Staaten anstrebe.⁹⁵

Unterdurchschnittlich im europäischen Vergleich (90,62/100 Punkten) schneidet die Türkei mit Blick auf Unternehmensgründungen ab und erreicht im

Subindikator „Starting a Business“ mit einem Wert von 87,59/100 nur Rang 80 von 190. Dies liegt insbesondere an den hohen Kosten von 12,8 % des Pro-Kopf-Einkommens, ein Vierfaches des Durchschnitts der OECD-Hoheinkommensländer.⁹⁶

Die Regierung hatte bereits 2016 die Registrierungsdauer für Unternehmen reduziert und die Türkei liegt in diesem Bereich mit 6,5 Tagen deutlich unter dem regionalen Durchschnitt von 8,5 Tagen. Dennoch ist das Verfahren mit derzeit sieben Einzelschritten noch deutlich komplexer als im europäischen Durchschnitt (5,2); diese sollen aber demnächst zu einem zusammengefasst werden.⁹⁷

5.2 Inwiefern werden ausländische Unternehmen bei Investitionen benachteiligt und welche Nationen sind aktuell im Land aktiv?

Die Türkei hat sich vor allem seit dem Beitritt zur Zollunion stark bemüht, Hindernisse für Auslandsdirektinvestitionen (ADIs) zu reduzieren und lag 2017 im FDI Regulatory Restrictiveness Index der OECD mit einem Wert von 0,059/1 unter dem Durchschnitt der Staatengruppe von 0,066/1.⁹⁸ Dies spiegelt sich auch im Subindikator „Investment Freedom“ des Index of Economic Freedom wider; hier galt die Türkei 2009 noch als deutlich unfrei. 2018 wurde sie als „mostly free“ eingestuft und nahm weltweit den 58. Platz, noch vor Bulgarien und Portugal, ein.⁹⁹ Dennoch sind die ADIs derzeit deutlich rückläufig und sanken von 13,3 Mrd. US\$ in 2016 auf 10,8 Mrd. US\$ im Folgejahr.¹⁰⁰ Der mit Abstand größte Teil ausländischer Investitionen kommt aus der EU – 2017 waren es etwa 69 % aller ADIs.¹⁰¹

Insgesamt waren, nach Ländern aufgeschlüsselt, Investoren aus den Niederlanden (23,8 %), gefolgt von Spanien (19,5 %), und Aserbaidschan (13,6 %) am aktivsten.¹⁰² ADIs fließen zu vor allem zu relativ gleichen Teilen in Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (19,5 %), Verkehr und Logistik (18,2 %) und verarbeitendes Gewerbe (17 %).¹⁰³ Das 2003 verabschiedete Gesetz Nr. 4875 über ADIs stellt einheimische mit ausländischen Investoren gleich; Investitionen sind in allen Arten von Firmen und Sektoren erlaubt.¹⁰⁴ 2012 stellte die Regierung ausländische Unternehmen mit inländischen gleich, was den Zugang zu Steuererleichterungen im Gegenzug für Investitionen in wirtschaftlich weniger entwickelten Regionen angeht.¹⁰⁵

5.3 Existieren Import- oder Exporthürden?

Der Heritage Foundation zufolge ist die Türkei, die auf der Rangliste der Exportnationen Platz 29 einnimmt, „moderat“ vom Handel abhängig. Exporte und Importe machen 2018 47 % des BIP aus und der durchschnittliche Zollsatz liegt bei 3,2 %.¹⁰⁶ Damit erreicht Ankara einen Wert von 78,6/100 im Subindikator „Trade Freedom“ des Index of Economic Freedom, und landet damit gerade im europä-

ischen Vergleich deutlich abgeschlagen auf Platz 43 von 45.¹⁰⁷ Zwar liegt die Türkei noch über dem internationalen Durchschnitt von 76,4/100, während aber weltweit der Grad der Handelsfreiheit steigt, haben sich die Werte der Türkei seit 2016 deutlich verschlechtert.¹⁰⁸ Nichttarifäre Handelshemmnisse bestehen weiterhin - ein Grund, weshalb die Türkei im Global Competitiveness Report 2017/18 im Be-

reich „Prevalence of Non-Tariff Barriers“ auf Platz 45 von 137 eingestuft wird.¹⁰⁹ Im Subindikator „Trading Across Borders“ des Doing Business Reports 2018 liegt die Türkei mit einem Wert von 79,71/100 auf Platz 71 von 190 und damit deutlich unter dem Durchschnitt der Ländergruppe Europa und Zentralasien von 83,96, was insbesondere auf die deutlich höheren Kosten des grenzüberschreitenden Handels zurückgeht. Zwar ist die Türkei Teil einer Zollunion mit der EU, weigert sich aber dennoch weiterhin, das Zusatzprotokoll zum Ankara-Abkommen in Bezug auf Zypern zu ratifizieren und behindert da-

mit den freien Warenverkehr im europäischen Binnenmarkt. Seit 2014 sind zudem neue Zollvorschriften in Kraft getreten, die einerseits Zusatzzölle auf bestimmte Waren und andererseits die Vorlage eines zusätzlichen IHK-Ursprungszeugnisses (bei Warenursprung „Drittland“) oder einer Exporteurs- bzw. Lieferantenerklärung (bei Warenursprung „EU“ oder „Türkei“) vorsehen. Beide Maßnahmen verstößen dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag zufolge gegen die Vorgaben der Zollunion.¹¹⁰

5.4 Welche Risiken bestehen im Zahlungsbereich, insbesondere bezüglich des Konvertierungs- und Transferrisikos?

Die Achterbahn- oder eher Talfahrt der türkischen Lira (TRY) gehört zu den derzeit größten Unsicherheitsfaktoren. Anfang Juli 2018 wurde 1 EUR für 5,67 TRY gehandelt, noch im Jahr zuvor waren es etwas mehr als 4 TRY, 2013 gar nur 2,50 TRY.¹¹¹ Hinzu kommt die berechtigte Sorge um die Unabhängigkeit der Zentralbank, die bereits seit einigen Jahren von Erdogan unter Druck gesetzt wird, auch angesichts steigender Inflationsraten den Leitzins nicht oder nur marginal zu erhöhen.¹¹² Am 10. Juli 2018 erließ Erdogan zudem ein Dekret, dass die Reduzierung der Amtszeit des Zentralbankpräsidenten und dessen Stellvertreter sowie deren alleinige Ernennung durch den Staatspräsidenten vorsieht.¹¹³ Die Funk Political Risk Map weist für die Türkei ein signifikantes Risiko in Höhe von 42,6 % beim Indikator „Transfer Risk“ aus.¹¹⁴ Die Gefahr von Kapital-

und Zahlungsverkehrsbeschränkungen oder Währungsrestriktionen wird also als deutlich höher eingeschätzt als in den EU-Staaten, Nordamerika oder in China.¹¹⁵ Im Index of Economic Freedom schneidet die Türkei im Subindikator „Monetary Freedom“, der neben der Stabilität der Währung auch die Unabhängigkeit der Zentralbank und Inflation einbezieht, mit einem Wert von 72,3/100 Punkten im europäischen Vergleich sehr schlecht ab und erreicht nur Platz 42 von 45, noch hinter Armenien und der Republik Moldau.¹¹⁶ Zwar wird die Türkei, traditionell von hohen Inflationsraten geplagt, in diesem Index seit 2010 als „überwiegend frei“ eingestuft; das Land hat es aber bisher noch nie geschafft, den weltweiten Durchschnittswert von 76,8/100 zu erreichen.¹¹⁷

5.5 Gibt es Embargos oder Handelssanktionen?

Im Zuge der bilateralen Krise zwischen Deutschland und der Türkei über die Inhaftnahme mehrerer deutscher Staatsbürger im Jahr 2017 hat die Bundesregierung die Vergabe so genannter Hermes-Bürgschaften bei 1,5 Mrd. EUR gedeckelt und nach dem Beginn der Operation Olivenzweig auch die Begrenzung der Ausfuhr von Rüstungsgütern offen diskutiert.¹¹⁸ Im November 2017 hat die EU die Vorbeitrittshilfen an den Beitrittskandidaten Türkei im Budget 2018 um 175 Mio. EUR gekürzt und in Reaktion auf die innenpolitische Entwicklung auch die Modernisierung der Zollunion vorerst auf Eis gelegt.¹¹⁹

Anfang August 2018 haben die USA Sanktionen gegen Mitglieder der Regierung und in der Rüstungsk Kooperation verhängt. Ursache waren neben der Inhaftierung US-amerikanischer Staatsbürger und Botschaftsangestellter auch der Kauf russischer S-400 Raketenabwehrsysteme und die vermeintliche Umgehung der Iran-Sanktionen durch türkische Banken.¹²⁰ Auch wenn die Krise mit Russland 2015/16, die in der Türkei einen wirtschaftlichen Flurschaden von -1 % BIP hinterlassen hat, politisch überwunden ist und die meisten russischen Sanktionen im Mai 2017 aufgehoben wurden, bestehen weiterhin

Einfuhrbeschränkungen für einige Landwirtschaftserzeugnisse sowie Visa-Restriktionen fort.¹²¹

5.6 Welche Branchen sind im Land vertreten?

Obwohl die Türkei weiterhin der weltweit größte Produzent von Nüssen und Obst ist, gehört der Agrarstaat der Vergangenheit an: Nur noch 6,7 % des BIP stammen aus dem landwirtschaftlichen Sektor.¹²² Der Dienstleistungssektor machte 2017 mit 61,4 % den größten Teil des BIP aus, verglichen mit 31,8 % im industriellen Sektor.¹²³ Im verarbeitenden Bereich ist die Textil- und Bekleidungsindustrie sowohl was Wertschöpfung, Beschäftigung und Exportrate (vor allem nach Europa) angeht, von zentraler Bedeutung, dicht gefolgt von der Automobil- und deren Zulieferindustrie.¹²⁴ Die wichtigsten Handelsgüter sind Gold, Fahrzeuge bzw. -teile, Textilerzeugnisse und raffinierte Erdölprodukte.¹²⁵ In den

im internationalen Vergleich enorm starken Bausektor, der 2017 einen Anteil von bis zu 8 % des BIP erwirtschaftete, flossen auch die meisten ADIs.¹²⁶

Eine der wichtigsten Devisenquellen der türkischen Wirtschaft ist und bleibt die Tourismusindustrie, die etwa 4 % zum BIP beiträgt.¹²⁷ Obwohl hier seit 2015 starke Schwankungen der Besucherzahlen beobachtbar sind und die Ausgabefreudigkeit der Touristen deutlich abgenommen hat,¹²⁸ erhofft sich die Regierung neue Impulse aus dem Gesundheitstourismus und dem wachsenden Interesse chinesischer Reisender.¹²⁹

5.7 Gibt es besondere wirtschaftliche Interessen des Landes?

Für das 100-jährige Bestehen der Türkei hat sich die Regierung wirtschaftlich ambitionierte Ziele gesetzt: einen Platz unter den Top 10 der G20 sowie ein mit 500 Mrd. US\$ mehr als dreimal so hohes Exportvolumen wie noch 2016 (142 Mrd. US\$).

Demzufolge hat die Türkei ein enorm großes Interesse an der Modernisierung der Zollunion mit der EU, die in ihrer bisherigen Form eine kostspielige Abgabe der Handelssouveränität darstellt. Ankara wird durch das Freiverkehrsprinzip der Zollunion gegenüber allen Drittstaaten, mit denen die EU bilaterale Freihandelsabkommen abschließt, einseitig in eine tarifäre Marköffnung gezwungen, ohne dass diese Anreize hätten, auch türkischen Unternehmen freien Zugang zu gewähren. Dadurch leidet auch die Attraktivität der Türkei für EU-Unternehmen und Investitionen zur Produktion von Zwischengütern. Während eine Kompensation durch eigene Freihandelsabkommen eher unwahrscheinlich ist, könnte eine Anpassung und Erweiterung auf den Dienstleistungs- und Landwirtschaftssektor hingegen zu einem BIP-Wachstum um zusätzliche 1,8 % in den jeweils nächsten 10 Jahren führen.¹³⁰ Auch weiterhin bestehende Visa-Restriktionen und spezielle Quoten sowie Transitgenehmigungspflich-

ten für auf dem Landweg in die EU transportierte Waren stellen aus türkischer Sicht Handelshemmnisse dar.¹³¹ Gerade mit Blick auf die strukturell starken Branchen Textil- und Bekleidung sowie das Bauwesen ist die Türkei auch daran interessiert, die zuletzt rückläufigen ADIs wieder zu erhöhen – der Zentralbank zufolge belief sich deren Volumen 2017 auf 7,45 Mrd. US\$, was den tiefsten Stand seit 2010 und weniger als die Hälfte des Rekordwerts von 16,14 Mrd. US\$ in 2011 darstellt.¹³²

Zu den nationalen Zielen für 2023 gehört auch die Reduzierung der hohen Abhängigkeit von importierter Energie – immerhin 70 % des Bedarfs – durch die im April 2017 verabschiedete „Nationale Energiestrategie“. ¹³³ Diese sieht nicht nur die Diversifizierung der Einfuhren durch neue Gaspipeline-Projekte wie die „Trans-Anatolian Natural Gas“-Pipeline (TANAP) und Turkstream, sondern auch Investitionen in einheimische Nuklearindustrie und erneuerbare Energien vor.¹³⁴

6. ARBEITSMARKT

Der türkische Arbeitsmarkt ist mit 31,8 Millionen Personen im erwerbsfähigen Alter nach Deutschland und dem Vereinigten Königreich der drittgrößte Europas, und wies in den vergangenen Jahren die höchsten Wachstumsraten auf.¹³⁵ An der Spitze steht das Land allerdings derzeit ebenfalls mit Blick auf die wirtschaftliche

Inaktivität; hier bewegt sich die Türkei sowohl in Bezug auf die Arbeitslosigkeit als auch die Zahl junger Menschen in Arbeit oder Ausbildung deutlich unter dem OECD-Durchschnitt.¹³⁶ Während das Land weiterhin mit niedrigen Lohnkosten punkten kann, muss die Regierung mittelfristig in bessere Qualifikationsangebote investieren, geographische und geschlechtsspezifische Ungleichgewichte sowie die Problematik der informellen Beschäftigung, gerade im Bausektor und der Landwirtschaft angehen.¹³⁷

KATEGORIE	RATING
GESAMTRATING ARBEITSMARKT	B
ARBEITSMARKTSTRUKTUR (1)	A-
VERFÜGBARKEIT VON QUALIFIZIERTEN MITARBEITERN (2)	B+
WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DES MARKTES (3)	B-
BESONDERHEITEN (4)	B-

Tabelle 8: Rating Arbeitsmarkt

Eine besondere Situation ist in den vergangenen Jahren durch die syrische Flüchtlingskrise entstanden. Die Zahl der Syrer, die seit 2011 eine offizielle Arbeitserlaubnis erhalten haben, stieg stetig an und liegt derzeit zwischen 15.000 und 40.000. Jedoch sind gleichzeitig zwischen 750.000 und 900.000 syrische Arbeitnehmer im informellen Sektor tätig.¹³⁸ Die angespannte wirtschaftliche Lage verschärft die Konkurrenzsituation gerade unter nicht oder nur gering ausgebildeten Arbeitskräften.¹³⁹

6.1 Wie ist der Arbeitsmarkt strukturiert (Arbeitskräftepotenzial, Erwerbsquote etc.)?

Auch wenn die Arbeitslosenquote der Türkei im März 2018 mit 10,1 % auf den niedrigsten Wert seit Mai 2016 gesunken war, ist sie doch in der Gesamtbetrachtung seit 2012 beständig angestiegen und liegt damit im starken Gegensatz zur Entwicklung der anderen OECD-Staaten.¹⁴⁰ Zwar ist in den letzten Jahren auch die Erwerbsquote beständig gestiegen und hat sich seit der zweiten Jahreshälfte 2017 bei etwa 53 % eingependelt, sie liegt aber weiterhin klar unter dem OECD-Durchschnitt von über 60 %.¹⁴¹ Bemerkenswert ist hier auch der deutliche Unterschied von Männern (71,8 %) und Frauen (33,4 %).¹⁴²

Mehr als die Hälfte aller türkischen Arbeitnehmer (55,3 %) arbeitet im Dienstleistungsbereich, 19,7 %

in der Industrie, 17,7 % in der Landwirtschaft und 7,3 % im Bausektor. Die im OECD-Vergleich sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit ist gegenüber dem Vorjahr vom 21,4 % im März 2017 auf 17,7 % im März des Folgejahres abgesunken.¹⁴³ Auch hier liegt die Arbeitslosigkeit junger Frauen deutlich über der Rate junger arbeitssuchender Männer.¹⁴⁴ Jeder dritte Erwerbstätige (32,4 %) arbeitet im informellen Sektor, auch hier sind Frauen, vor allem in der Landwirtschaft, überdurchschnittlich stark betroffen.¹⁴⁵ Etwa ein Viertel der türkischen Jugend befand sich 2017 weder in Arbeit noch in Aus- oder Weiterbildung, deutlicher mehr als noch 2011 (18,18 %).¹⁴⁶

6.2 Ist die Versorgung mit qualifizierten Mitarbeitern gesichert?

Im Zuge der Verstädterung und Modernisierung ist in der Türkei auch die Geburtenrate seit den frühen 1980er Jahren deutlich zurückgegangen, seit 2008

wächst die Bevölkerung aber wieder beständig um etwa 1,5 % im Jahr.¹⁴⁷ Mehr als die Hälfte der Türken ist unter 31 Jahre alt, was ein großes Potenzial

bietet: Jährlich erreichen über eine Millionen junge Türken einen Sekundär- oder Hochschulabschluss.¹⁴⁸ Ein Blick auf aktuelle Entwicklungen im Bildungssystem gibt jedoch Grund zur Sorge: Zwischen 2001 (76) und 2017 (183) hat sich die Zahl der Universitäten und berufsbildenden Schulen im Land zwar mehr als verdoppelt, die Qualität der Ausbildung dort wird aber zunehmend schlecht bewertet – die Entlassung zahlreicher Hochschullehrer nach dem gescheiterten Putschversuch hat diese Situation noch weiter verschärft.¹⁴⁹ Umfragen des Weltwirtschafts-

forums zufolge stellt der Mangel an ausreichend ausgebildeten Arbeitskräften das drittgrößte Problem für Unternehmen im Land dar und in der Unterkategorie „Quality of the Education System“ des Global Competitiveness Index landet die Türkei nur auf Platz 101 von 137 – mit sinkender Tendenz.¹⁵⁰ Darüber hinaus gelang es trotz verstärkter Bemühungen in den letzten Jahren nicht, die Abwanderung qualifizierter Arbeitskraft entweder zu verhindern oder durch gezielte Anwerbung, vor allem aus Westeuropa, zu kompensieren.¹⁵¹

6.3 Wie wettbewerbsfähig ist der Arbeitsmarkt (Lohnkosten, Produktivität etc.)?

Im Global Competitiveness Report 2017–2018 wird der türkische Arbeitsmarkt als einer der weltweit ineffizientesten eingestuft und erreicht nur den 127. von 137 Plätzen.¹⁵² Deutlich besser schneidet die Türkei im Subindikator „Flexibility of Wage Determination“ ab; hier erreicht sie immerhin Platz 51. Die schlechte Gesamtwertung ist unter anderem auf die geringe Attraktivität für ausländische Fachkräfte, die niedrige Partizipation von Frauen und vergleichsweise hohe Abfindungskosten zurückzuführen – Entlassungen können im internationalen Vergleich sehr hohe Kosten verursachen.¹⁵³ Die Lohnkosten sind gerade im Industriesektor weiterh-

in deutlich niedriger als in Westeuropa. Zwar ist für 2018 eine nominale Lohnsteigerung von bis zu 10 % prognostiziert worden, aufgrund der hohen Inflation sinken die realen Einkommen jedoch.¹⁵⁴ Gleichzeitig sind die Lohnnebenkosten im internationalen Vergleich sehr hoch, mit mindestens 36,5 % des Bruttolohnes liegt die Türkei deutlich über beispielsweise dem deutschen Wert von 29 %. Im Wettbewerb mit Bulgarien oder Rumänien könnte die Türkei hier bald unter Druck geraten, allerdings wird bisher die Produktivität am türkischen Standort noch als höher eingeschätzt.¹⁵⁵

6.4 Existieren landesspezifische Besonderheiten (z.B. hinsichtlich des Arbeitsrechtes)?

Das türkische Arbeitsgesetz von 2003 (Nr. 4857) legt die maximale wöchentliche Arbeitszeit mit 45 Stunden fest. Überstunden sind in besonderen Fällen möglich und dürfen ein Maximum von 270 Stunden im Jahr nicht überschreiten. Der ILO zufolge arbeiten aber ein Drittel der türkischen Arbeitnehmer mehr als 48 Stunden in der Woche.¹⁵⁶ Die Beschäftigung von Minderjährigen unter 15 Jahren ist verboten und das Gesetz enthält zudem ein Anti-Diskriminierungsgebot.¹⁵⁷

Der Mindestlohn betrug im Januar 2018 umgerechnet 446,40 EUR, etwas über dem Wert Ungarns (444,69 EUR). Einen gesetzlichen Urlaubsanspruch für Arbeitnehmer gibt es erst ab einer Beschäftigungsdauer von mindestens einem Jahr, danach erhöht sich die Zahl der Urlaubstage (14-20) stufenweise. Einen Anspruch auf Leistungen aus der Ar-

beitslosenversicherung gibt es seit 2000, doch auch hier gelten vergleichsweise hohe Zugangshürden.¹⁵⁸

Die Gewerkschaftsdichte hat zwar in den letzten Jahren moderat zugenommen, lag 2016 mit 8,2 Gewerkschaftsmitgliedern pro 100 Arbeitnehmer aber klar hinter anderen „Upper-Middle-Income“-Staaten.¹⁵⁹ Mit einem Wert von 0,32/1 im Subindikator Arbeitnehmerrechte des WJP schnitt die Türkei dort 2017 sogar schlechter ab als Afghanistan und landete nur noch vor China, Iran und Pakistan auf dem viertletzten Platz von 113.¹⁶⁰

7. ZUKÜNFTIGE ENTWICKLUNGEN: DREI SZENARIEN

Die vorangegangenen Kapitel haben den aktuellen Status quo in der Türkei - das vorherrschende politische und wirtschaftliche Umfeld - vorgestellt und bewertet. Aufbauend auf diesen Ergebnissen soll das folgende Kapitel drei verschiedene Ausblicke in die Zukunft des Landes bereitstellen: ein Best- und ein Worst-Case-Szenario, das die Extreme darstellt, sowie ein Trendszenario, das die wahrscheinlichsten Entwicklungen der nächsten fünf Jahre skizziert.

Mit der Parlaments- und Präsidentschaftswahl vom 24. Juni 2018 hat sich nicht nur das politische System der Türkei verändert, es ist auch, zumindest vorerst eine Periode der Unsicherheit zu Ende gegangen. Nachdem sich Staatspräsident Erdogan zuvor noch weitreichende zusätzliche Befugnisse per Dekret gesichert hatte, wurde der Ausnahmezustand auf den Tag zwei Jahre nach seiner Ausrufung aufgehoben, worauf sowohl die Märkte, als auch das internationale Umfeld positiv reagierten. So entschärfte die Bundesregierung ihre Reisehinweise in geringem Maße und kündigte an, die 2017 beschlossene Deckelung der Hermes-Bürgschaften wieder aufzuheben.¹⁶¹ Die Achillesferse der stark von Investitionen aus dem Ausland und Tourismus abhängigen türkischen Wirtschaft bleibt jedoch auch weiterhin die volatile innen- und außenpolitische Lage und ein deutlich abnehmendes Interesse internationaler Anleger an den „Emerging Markets“. Sollte trotz der de facto eingefrorenen Beitrittsverhandlungen mit der EU eine Normalisierung der Beziehungen in den Feldern Sicherheits-, Migrations- und Wirtschaftspolitik inklusive einer Modernisierung der Zollunion gelingen, könnte auch das Außenhandelsdefizit wieder sinken.

Ausgangspunkt aller folgenden Szenarien sind die Geschehnisse zwischen den „Gezi“-Protesten im

Frühsommer 2013, die eine Phase der innen- und außenpolitischen Instabilität der Türkei einläuteten, und die Wahlen am 24. Juni 2018. Ab Juni 2013 beschuldigte der damalige Premierminister Erdogan in Reaktion auf die Proteste erstmals die „internationale Zinslobby“, die Türkei aktiv schwächen zu wollen.¹⁶² Dies stellt den Anfangspunkt eines folgenreichen Dissens zwischen Regierung und Zentralbank über die Notwendigkeit von Zinserhöhungen in Zeiten hoher Inflation dar, den Beobachter als Schlüsselfaktor in der aktuellen Krise sehen. Eine weitere, andauernde institutionelle Krise löste der am 17. Dezember 2013 offen ausgebrochene Konflikt zwischen der Regierung und der Gülen-Bewegung aus. Dieser hatte einerseits die, durch den gescheiterten Militärputsch am 15. Juli 2016 und den folgenden Ausnahmezustand noch weiter intensivierte, unfreiwillige Versetzung und Entlassung von über 200.000 Staatsbediensteten (auch im Sicherheitsapparat) zur Folge. Andererseits beschleunigte er den am 16. April 2017 per Referendum legitimierten Prozess des Verfassungswandels vom parlamentarischen hin zu einem präsidentiellen System mit enormer Machtfülle für Erdogan einerseits und weiteren institutionellen Einschränkungen der Unabhängigkeit von Zentralbank und Justiz andererseits.

Die Aufhebung des Ausnahmezustands am 19. Juli 2018 bietet Chancen für eine Normalisierung, doch weder ein EU-Beitritt der Türkei noch eine vollständige Rückkehr zu einem von Gewaltenteilung und institutioneller Unabhängigkeit geprägten System ist vor den nächsten Präsidentschaftswahlen 2023 zu erwarten.

7.1 Best-Case-Szenario - Günstige internationale Entwicklungen und Rückkehr zur Vision 2023 (Eintrittswahrscheinlichkeit: 0-10 %)

Internationale Entwicklungen und einige innenpolitische Maßnahmen helfen der Türkei im Best-Case-Szenario, sich nach den Krisenjahren zu erholen. Die Freilassung inhaftierter US-Bürger und Botschafts-

mitarbeiter verbessert im Herbst 2018 die Beziehungen zwischen Ankara und Washington deutlich. Die Türkei bemüht sich auch erfolgreich um verbesserte Beziehungen zu Saudi-Arabien, den Vereinigten Ara-

bischen Emiraten und Ägypten. Im Gegenzug wird der türkisch-iranische Energiehandel von den US-Sanktionen gegen Teheran ab November desselben Jahres ausgenommen.¹⁶³ Neben der raschen Fertigstellung internationaler Gas-Pipeline-Projekte und des Atomkraftwerks Akkuyu bei weiterhin stabilen Beziehungen zu Moskau und Bagdad setzt Ankara die Diversifizierungsstrategie weiter fort. So gelingt es bis 2023 den Anteil erneuerbarer Energien auf 30 % zu erhöhen und so die Kosten ihrer Energieimporte um 1 Mrd. US\$ zu senken.¹⁶⁴ Mit jährlich 5,5 % bleibt das BIP Wachstum zwar von 2018 bis 2021 hinter den Rekordwerten vergangener Jahre zurück, liegt aber weiterhin deutlich über dem OECD-Durchschnitt von etwa 2,5 %. Auch das Außenhandelsdefizit fällt ab 2019 auf unter 3 % des BIP.

Eine weitere Entlastung des Staatshaushalts gelingt dank vermehrter internationale Unterstützung im Kontext der Flüchtlingskrise. Nach einer Offensive der syrischen Armee in der Region Idlib im November 2018 suchen Hunderttausende Zuflucht in den vom türkischen Militär kontrollierten Gebieten im Norden Aleppos. Im März 2019 beschließt die EU, das Volumen der Flüchtlingsfazilität ab 2020 nicht nur auf 1,5 Mrd. Euro jährlich zu erhöhen und den Fokus auf Bildung und Gesundheit weiter auszubauen, sondern auch grenzüberschreitende Pro-

jekte zu fördern. Die Zahl syrischer Hochschulabsolventen steigt, auch durch neue, digitale Lernmethoden und verbesserte Ausbildung türkischer Lehrkräfte, von etwa 15.000 im Jahr 2017 auf 45.000 im Jahr 2021 an. Mit internationaler Unterstützung treibt die Türkei den Wiederaufbau in Nordsyrien voran, was dem Bausektor neue Einnahmen beschert. Die Zahl der freiwilligen Rückkehrer steigt von monatlich etwa 3.000 Personen Anfang 2018 auf 7.000 ab 2020 an und der Konflikt „Turkey (Refugees)“ deeskaliert. Der Ausbau von Polizei und Gendarmerie sowie verbesserte Kooperation mit internationalen Geheimdiensten verhindert zudem weitere Anschläge, was auch steigende Einnahmen aus dem Tourismus zur Folge hat. Ab 2022 gelingt es der Türkei durch den Ausbau des Gesundheits- und Kulturtourismus, jährlich etwa 45 Mio. Touristen anzuziehen, und die jährlichen Einnahmen von derzeit 32 US\$ Mrd. auf 43 Mrd. US\$ zu steigern.

Nachdem sich die AKP in den Kommunalwahlen am 31. März 2019 mit Hilfe der MHP auch in den großen Städten überraschend deutlich durchsetzen kann, stimmt Präsident Erdogan der Rückkehr zu einer orthodoxen Geldpolitik zu. Während Albayrak, dessen Ernennung Investoren im Juli 2018 kritisch ansahen, im Hintergrund bleibt, übernimmt Erdogans oberster Wirtschaftsberater und der ehemali-

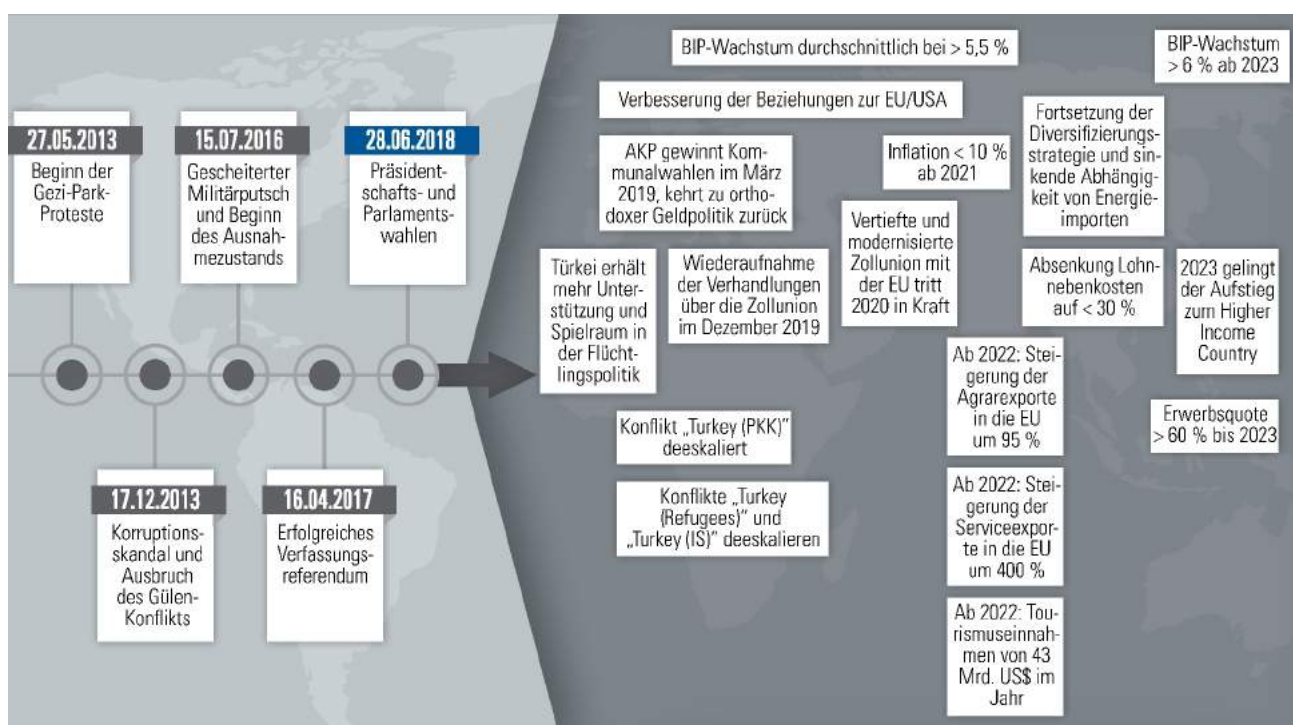


Abbildung 2: Roadmap zum Best-Case-Szenario

ge Finanzminister Naci Agbal gemeinsam mit Zentralbankchef Murat Cetinkaya die Initiative zur schrittweisen Erhöhung der Leitzinsen, sodass es bis 2021 gelingt, die Inflation wieder im einstelligen Bereich zu halten. Bereits vor der Wahl war auch der seit 2016 inhaftierte HDP-Politiker Selahattin Demirtas entlassen, was - ebenso wie die politische Entspannung im Irak - zu einer moderaten Deeskalation des Konflikts „Turkey (PKK)“ führt.

Eine deutsch-türkische Wiederannäherung belebt noch vor den EU-Parlamentswahlen im Mai 2019 die Verhandlungen über die Zollunion erneut, die im Oktober 2019 dann offiziell aufgenommen werden. Diese Entwicklung führt auch zu einer deutlichen Erhöhung der ADIs besonders im Finanzsektor. Im Dezember 2020, noch vor dem Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und nachdem sich Ankara zur Beseitigung bestehender Handelshemmnisse verpflichtet hat, tritt die Revision und Vertiefung der Zollunion in Kraft. In Folge erreicht das türkische BIP ab 2023 erstmals wieder Wachstumsraten von über 6 %. Profitiert die türkische Agrarwirtschaft 2019 - 2021 noch von gestiegenen Exportzahlen nach Katar und Asien, bringt ab 2022 auch die Zoll-

union weitere Impulse, wodurch die Landwirtschaft ihre Exporte in die EU um 95 % steigern kann. Um die Leistungsfähigkeit hier zu steigern, investiert Ankara, mit Hilfe neuer EU-Heranzuführungshilfen, 20 Mio. Euro in weitere Forschung. Im Dienstleistungssektor ist sogar ein Exportzuwachs von 400 % zu verzeichnen und eine weitere staatlich subventionierte Absenkung der Lohnnebenkosten gerade im industriellen Sektor auf unter 30 % der Löhne hilft Ankara, neue Beschäftigungsfelder auch für Frauen zu schaffen. Zudem gelingt es bis 2023, den informellen Sektor auf 25 % des BIP zurückdrängen und die Erwerbsquote auf den OECD-Durchschnitt von 60 % (2018) steigern.

Mit Ausnahme einer einstelligen Inflation, liegen die ambitionierten Ziele, die Ankara sich Ende der 2000er Jahre zum 100. Staatsjubiläum gesetzt hatte, darunter ein BIP von 2 Billionen US\$ und ein Pro-Kopf-Einkommen von 25.000 US\$ auch 2023 noch in weiter Ferne.¹⁶⁵ Dennoch kann Erdogan den Aufschwung und den knappen aber öffentlichkeitswirksamen Sprung in die Gruppe der „High Income“-Länder nutzen und die Wahl im Oktober 2023 gewinnen.

7.2 Worst-Case-Szenario - Die Türkei kann internationales Vertrauen nicht zurückgewinnen (Eintrittswahrscheinlichkeit: 5-20 %)

Das Worst-Case-Szenario geht davon aus, dass die Türkei in eine tiefe Wirtschaftskrise stürzt und zugleich innen- und außenpolitische Instabilität weiter zunimmt. Die nach der Aufhebung des Ausnahmezustands erhoffte Entspannung zwischen der Türkei und internationalen Partnern hält nur kurz an.

Die rasche Entlassung des Zentralbankchefs Cetinkaya und Ernennung des Erdogan-Vertrauten Yigit Bulut, der sich wiederholt gegen eine Zinserhöhung ausgesprochen hat, zu dessen Nachfolger im September 2018 schreckt Investoren ebenso ab wie die Verhaftung des ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Mehmet Simsek wegen vermeintlicher Steuerhinterziehung und Korruption.

Eine Offensive der syrischen Armee im Oktober 2018 auf die Rebellenhochburg Idlib führt zur Flucht hunderttausende Syrer in die türkische Grenzprovinz Hatay und in die vom türkischen Militär kontrol-

lierten Gebiete in Nordsyrien, wo es auch vermehrt zu Anschlägen der PKK gegen türkische Soldaten kommt. Gerüchte, dass unter den Geflüchteten auch IS-Kämpfer sind, führen zu Protesten und Ausschreitungen gegen syrische Einrichtungen in Gaziantep, Adana und Istanbul, bei denen mehrere Menschen sterben. Türkische Sicherheitskräfte gehen härter gegen IS-Zellen im Land vor, was zu einigen folgenschweren Racheakten führt. Am 29. Juni 2019, dem fünften Jahrestag der Ausrufung des „Kalifats“, greifen IS-Kämpfer mehrere Hotels in den Urlaubsorten Antalya und Bodrum an und töten Dutzende Touristen. Wenige Tage später greifen Hacker die Istanbul Metro und Flughäfen an – es kommt zu Toten bei einer Massenpanik und der Flugverkehr über Istanbul steht mehrere Tage de facto still. In der Folge kommt es zu einem massiven Einbruch der Besucherzahlen; die Einnahmen sinken 2020 und 2021 auf jährlich unter 20 Mrd. US\$.

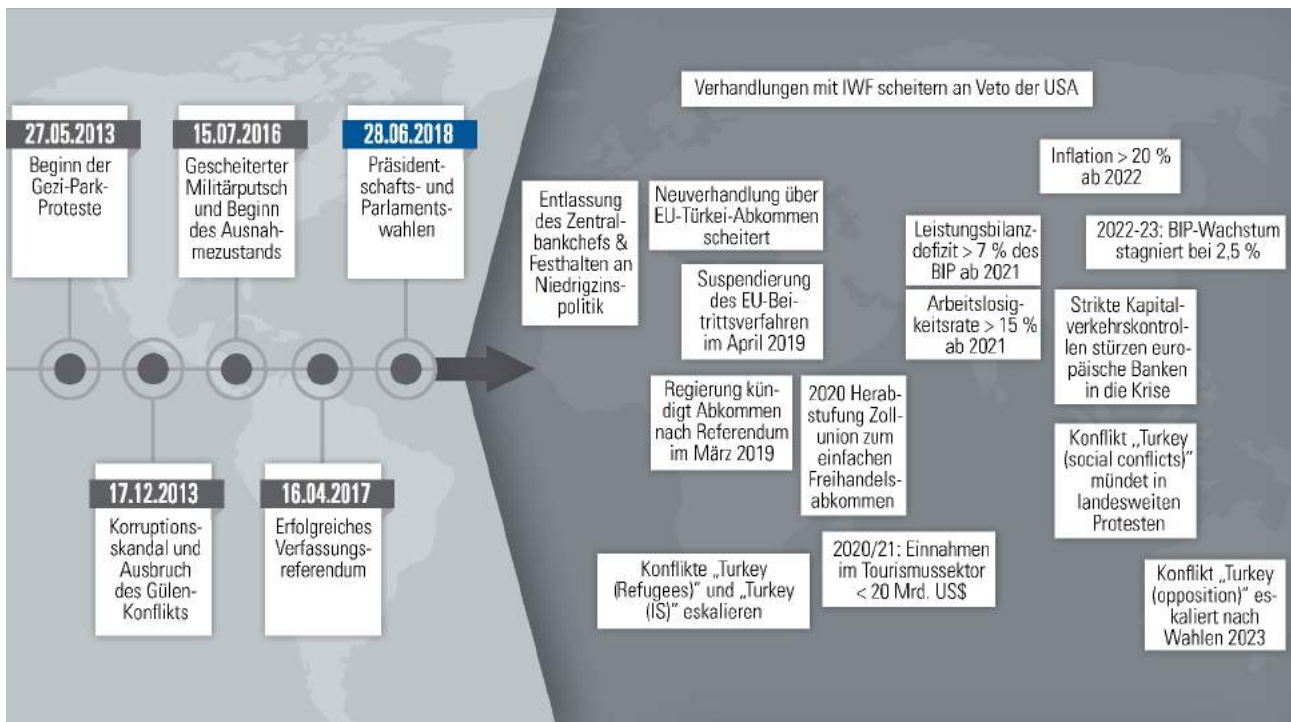


Abbildung 3: Roadmap zum Worst-Case-Szenario

Da die Zahl der syrischen Flüchtlinge auch in Griechenland und Bulgarien steigt, verschärft sich der Ton zwischen Brüssel und Ankara, das nun eine Neuverhandlung des Flüchtlingsabkommens von 2016 verlangt. Die Gespräche hierzu scheitern und im Dezember 2018 kündigt Erdogan an, die Kommunalwahlen am 31. März 2019 mit einem Referendum über das Abkommen zu verbinden. Nach einer heftigen Kampagne, die von starker anti-westlicher Rhetorik und der Verhaftung europäischer Journalisten und Unternehmer als vermeintliche Spione begleitet wird, wird das Referendum trotz erheblicher Manipulationsvorwürfe mit deutlicher Mehrheit angenommen. In Reaktion suspendiert die EU am 1. April 2019 die Verhandlungen über die Mitgliedschaft ebenso wie alle weiteren Gespräche über eine Modernisierung der Zollunion.

Ankara und die EU können sich auch nicht auf den Abbau von Handlungshemmnissen einigen. Dies führt letztlich dazu, dass die Zollunion im Herbst 2020 zu einem regulären Freihandelsabkommen herabgestuft wird. Da es der EU aber gleichzeitig gelingt, nach Japan, Indien, MERCOSUR und ASEAN Anfang 2021 auch ein Freihandelsabkommen mit den USA abzuschließen, ohne dass Ankara dies mit bilateralen Verträgen ausgleichen kann, verlangsamt sich das Wirtschaftswachstum ab 2021 um 1 % jährlich und stagniert 2022 und 2023 bei 2,5 %.

Auch die Beziehung zwischen Ankara und Washington kühlt auf ein historisches Tief ab: In Reaktion auf die Inhaftierung weiterer US-Bürger und die Inbetriebnahme des russischen S-400 Raketenabwehrsystems im August 2019 kündigen die USA offiziell an, die Vergabe weiterer Kredite der Weltbank und Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) an die Türkei bis auf Weiteres zu blockieren.

Auch am Persischen Golf nehmen die Spannungen weiter zu. Die im Herbst 2019 verhängten Sanktionen der USA gegen den Iran und der weiter ansteigende Ölpreis treffen Ankara schwer, zumal ein leichtes Erdbeben im Süden des Landes die Bauarbeiten am Atomkraftwerk Akkuyu um mehrere Jahre verzögert. In Folge dieser Faktoren vergrößert sich das Leistungsbilanzdefizit weiter, das 2021 auf 7 % des BIP ansteigt und zu einer weiteren Herabstufung der Türkei in allen Ratings führt. Die Krise verschärft sich durch die Abwanderung europäischer Firmen, eine Reihe spektakulärer Firmenpleiten und verstärkte Kapitalflucht, die die Arbeitslosigkeit auf 15 % anschwellen lässt.

Die Lira, ohnehin schon unter Druck geraten durch steigende Inflationsraten von über 20 %, erreicht Anfang 2022 ein historisches Tief von 8,00 TRY zu einem US\$. In Istanbul, wo die AKP schon bei den

Kommunalwahlen deutlich Stimmen eingebüßt hatte, kommt es zu Massenprotesten gegen steigende Kosten und sinkenden Löhne, die sich ab 2021 landesweit ausweiten. Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfond scheitern wiederholt an den verhärteten Fronten zwischen Ankara und Washington einerseits und Brüssel andererseits, so dass die Regierung Anfang 2022 strikte Kapitalverkehrskontrollen einführt und damit durch den Zahlungsausfall der Auslandsschulden auch spanische, französische, deutsche, und italienische Banken als

größte Gläubiger in die Krise stürzt. Rufe nach Neuwahlen weist Erdogan zurück und in den kommenden Monaten nehmen Repression und Instabilität weiter zu – wenige Wochen vor den Wahlen im Herbst 2023 werden wiederholt Oppositionspolitiker bei Auseinandersetzungen nach Wahlkampfauftritten verletzt. Nach der knappen Wiederwahl Erdogans unter dem Eindruck massiver Wahlfälschungen kommt es in mehreren Städten zu heftigen Auseinandersetzungen.

7.3 Trendszenario – Die drohende Wirtschaftskrise kann nicht abgewendet werden (Eintrittswahrscheinlichkeit: 60–70 %)

Das Trendszenario ist geprägt von einer wirtschafts-, migrations- und sicherheitspolitisch motivierten Normalisierung der politischen Beziehungen zu den westlichen Partnern, auch vor dem Hintergrund einer schweren Wirtschaftskrise.

Die Ernennung von Naci Agbal zum obersten Wirtschaftsberater des Präsidenten und als potenzieller Ausgleich zu Wirtschaftsminister Albayrak wurde von Investoren begrüßt. Dennoch gelingt es nicht, dem aufgrund des Verfassungswandels massiven Vertrauensverlust der Investoren in die Unabhängigkeit der Zentralbank und der Gerichte kurz- und mittelfristig entgegenzusteuern. Bis zu den Kommunalwahlen im März 2019 hält Ankara an der Niedrigzinspolitik fest und auch das staatliche Konjunktur- und Kreditprogramm wird fortgesetzt, um kleine und mittelständische Unternehmen im Geschäft zu halten. Die anhaltend hohe Inflation und Stagnation der Lira bei 5,4 zum Dollarwert, der weitere Anstieg der Lebensmittelpreise und wachsende Arbeitslosigkeit macht sich auch bei den Wahlen bemerkbar, die die AKP in den großen Städten nur mithilfe des ultra-nationalistischen Koalitionspartners MHP gewinnen kann.

Die Offensive des syrischen Militärs gegen Idlib und der folgende Anstieg der Flüchtlingszahlen auch in der Türkei verstärken lokalen Unmut und nationalistische Tendenzen, wodurch es im Rahmen des Konflikts „Turkey (Refugees)“ 2019 vermehrt zu Übergriffen gegen Syrer in Istanbul, Izmir, Adana und Ankara kommt. Die erhöhte Präsenz der Sicherheitskräfte in Städten und die verstärkte Militär-

präsenz auf beiden Seiten der türkisch-syrischen Grenze verringern die Gefahr größerer Anschläge im Kontext der Konflikte „Turkey (PKK)“ und „Turkey (IS)“, eine Initiative der militärisch geschwächten PKK zur Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen scheitert ebenso wie die Freilassung inhaftierter kurdischer Politiker allerdings am Widerstand nationalistischer Parteien im Parlament.

Die Zahl der Rückführungen von 3.000 Syrern pro Monat nach Nordsyrien werden durch ein entsprechendes Abkommen mit Syrien und Russland im Dezember 2018 auf 4.500 erhöht. Die Übereinkunft wird zwar von Menschenrechtsorganisationen kritisiert, von der EU aber unter der Maßgabe, dass die türkische Militärpräsenz aufrechterhalten bleibt und die Bedingungen des Flüchtlingsabkommens auch auf nicht in der Türkei registrierte Flüchtlinge ausgeweitet werden, auch finanziell durch eine Erweiterung der Flüchtlingsfazilität um 4 Mrd. EUR bis 2023 und zusätzliche Mittel zum Wiederaufbau lokaler Infrastruktur unterstützt. Auch wenn die Touristenzahlen kontinuierlich steigen und ab 2019 beständig 40 Mio. Besucher ins Land kommen, bedingen der weiterhin starke Dollar und der sinkende Anteil ausgabefreudiger europäischer Touristen eine Stagnation der Einnahmen bei 35 Mrd. US\$ ab 2020. Der bis 2021 anhaltend hohe Ölpreis und die nur langsamen Fortschritte in der Diversifizierung des Energiesektors wirken sich weiter negativ auf die Außenhandelsbilanz aus.

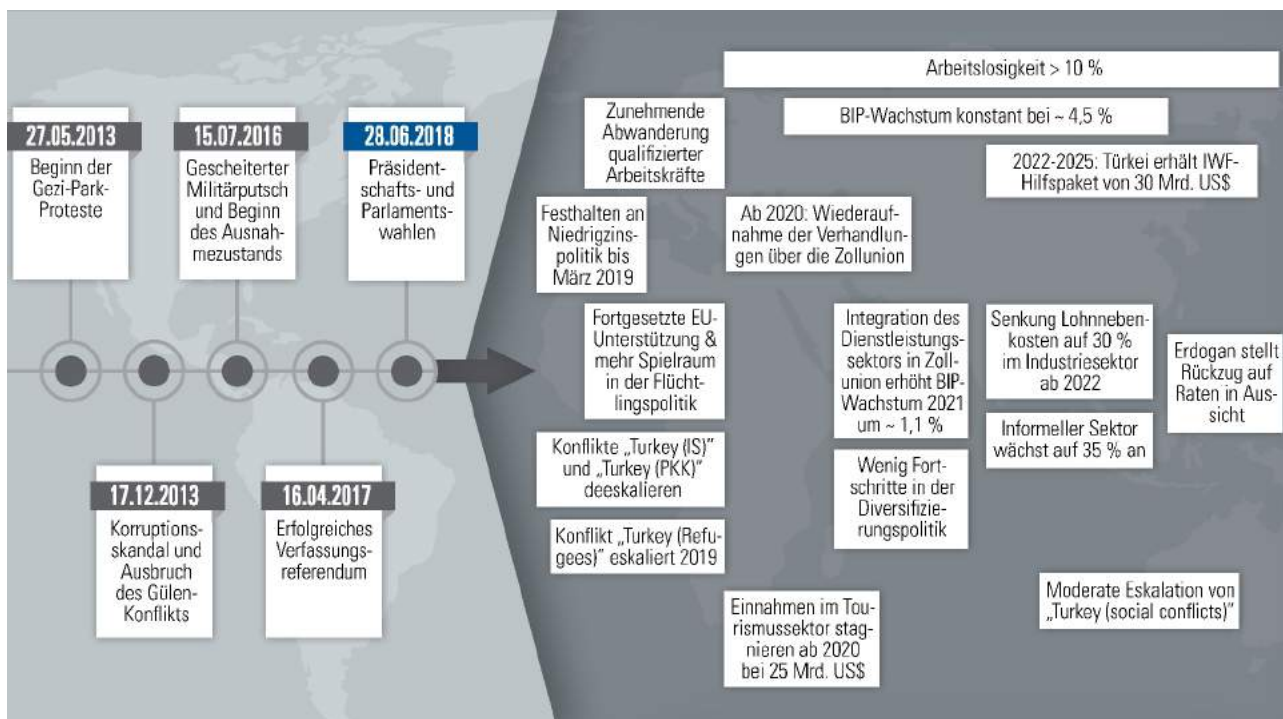


Abbildung 4: Roadmap zum Trendszenario

Mit Beginn der deutschen Ratspräsidentschaft im Sommer 2020 nehmen die EU und die Türkei die 2017 eingefrorenen Gespräche über die Vertiefung der Zollunion wieder auf. Diese wird 2021 zunächst ausgeweitet, was der türkischen Wirtschaft ein zusätzliches Wachstum von 1,1 % ab 2023 beschert. Da es aber weder eine Einigung mit Blick auf bestehende Handelshemmnisse im primären und sekundären Sektor noch über ein gemeinsames Vorgehen gegenüber neuen Freihandelspartnern der EU wie Japan und ab 2021 auch den USA gibt, geraten die Verhandlungen ins Stocken. Die faktische Verlängerung des Ausnahmezustands per Dekret bis mindestens 2021 und damit die Weigerung der Regierung, zehntausende suspendierter und entlassener Staatsbediensteter wieder in den öffentlichen Dienst zu integrieren wirkt sich mittelfristig negativ auf die Effizienz und Leistungsfähigkeit des Justizwesens aber auch des Arbeitsmarkts im Allgemeinen aus.

Ab 2018 nimmt die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte gerade nach Westeuropa weiter zu. Ihr Ziel, die offizielle Arbeitslosenquote in den einstelligen Bereich abzusenken, erreicht die Regierung trotz einer schrittweisen Senkung der Lohnnebenkosten auf 30 % im Industriesektor ab 2022, nicht. Auch aufgrund der Blockade einer gesetzlichen Regelung für syrische Arbeitnehmer durch die nationalistischen Parteien im Parlament wächst der infor-

melle Sektor auf 35 % an - nicht zuletzt, weil substanzielle Bemühungen, die formale Erwerbstätigkeit von Frauen zu erhöhen, ausbleiben.

Die nach der Kommunalwahl vorgenommenen moderaten Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen reichen nicht aus, um eine Kreditkrise zu verhindern, die sich ab 2020 immer deutlicher abzeichnet und vom im Vergleich zu 2017 signifikant geringeren Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 4,5 % bis 2023 nicht aufgefangen werden kann. Mit Blick auf die anstehenden Präsidentschaftswahlen 2023 entlässt Erdogan Mitte 2021 Zentralbankchef Cetinkaya sowie Wirtschaftsberater Naci Agbal und ernannt Wirtschaftsminister Albayrak zum Chefunterhändler für die Beantragung neuer Finanzhilfen durch den IWF, der nach Verhandlungen Ende 2022 ein dreijähriges Hilfspaket von 30 Mrd. US\$ auflegt. Proteste gegen die anschließenden Sparmaßnahmen weiten sich trotz eines Demonstrationsverbots von Istanbul aus auf mehrere Städte aus, durch die Ernennung des bisherigen Oppositionsführers Ince zum Vizepräsidenten für Wirtschaftsfragen und den Rückzug von der AKP Parteispitze gelingt es Erdogan dennoch, eine Abwahl bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2023 zu verhindern.

8. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Die folgenden Ausführungen und Handlungsempfehlungen stellen für Entscheidungsprozesse bezüglich der Aufnahme oder Vertiefung von wirtschaftlichen Tätigkeiten in der Türkei vor allem einen unterstützenden Orientierungspunkt dar. Sie erheben jedoch keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit und sollten zudem kontinuierlich hinsichtlich aktueller Entwicklungen überprüft werden.

Wie in Tabelle 9 dargestellt, ist davon auszugehen, dass – wenn auch mit unterschiedlicher Eintrittswahrscheinlichkeit – die Einschätzungen und Ratings aus den Kapiteln 2 bis 6 in den jeweiligen Extrem-Szenarien „Best-Case“ und „Worst-Case“ aber auch in der Fortsetzung bisheriger Trends vom Status Quo und voneinander abweichen. Daraus ergeben sich demzufolge auch abweichende Empfehlungen sowohl für den Markteintritt – als auch für Vertreter der über 6.000 deutschen Firmen, die zum Teil seit Jahrzehnten in der Türkei aktiv sind.

Wie kaum ein anderes Land hat die Türkei vom weltweiten Strom ausländischer Direktinvestitionen in Schwellenländer in den 2000er Jahren profitiert. Der deutliche Abschwung dieses Trends in den letzten Jahren macht aber deutlich, vor welchen enormen Herausforderungen die türkische Wirtschaft steht und welche strukturellen Reformen nötig sind, um eine Wiederholung der Krisenjahre 2000/2001 zu vermeiden. In allen Szenarien bleibt die Wohlfahrtsentwicklung in der Türkei demzufolge überdurchschnittlich stark von externen Faktoren abhängig. Dazu gehören die Beziehungen Ankaras mit ihren westlichen Partnern ebenso wie internationale Dynamiken, wie die Entwicklung des Ölpreises, die externen Handelsbeziehungen der EU und transna-

tionale Migrationsbewegungen. Im Best-Case Szenario gelingt es der Türkei, diese Verwundbarkeit sowohl durch innen- als auch außenpolitische Maßnahmen signifikant zu reduzieren und die großen Baustellen Diversifizierung im Energiesektor und gerade den Arbeitsmarkt mit Blick auf höher qualifizierte Arbeitskraft durch Innovationen anzugehen, ohne die aktuelle Attraktivität durch niedrige Lohnkosten zu verlieren. Wie das Worst-Case und Trend Szenario aber zeigen, ist dafür auch ein deutlich verbessertes Klima zwischen der Türkei und ihren wichtigsten Handels- und politischen Partnern einerseits nötig und andererseits die Wiederherstellung des in den vergangenen Jahren teils verloren gegangenen Vertrauens internationaler Investoren, Märkte und nicht zuletzt potenzieller Urlaubsreisender, in die rechtliche und physische Sicherheit und Effektivität von Schlüsselinstitutionen.

Sollte sich die Sicherheitslage in Syrien und im Irak, aber auch im Südosten der Türkei selbst, verbessern, könnte die geographische Lage des Landes auch durch das große Interesse der Regierung an Bau- und Infrastrukturprojekten wieder zum klaren Standortvorteil werden. In der Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik kann die Türkei sich allerdings nicht nur auf eine gute Konjunktur im Ausland verlassen, möchte sie das große demographische Potenzial nutzen und gegenüber EU-Staaten wie Bulgarien mit Blick auf die Lohnkosten wettbewerbsfähig bleiben, gleichzeitig aber der „Middle Income Trap“ entkommen. Nur im Best-Case Szenario schafft es die Türkei, trotz des Flurschadens, den die Entlassungen und Verwerfungen im Bildungssektor im Zuge des Ausnahmezustand gerade unter gut ausgebildeten jungen Türken hinterlassen hat,

KATEGORIE	AKTUELL	BEST	WORST	TREND
GESAMTRATING	B	B+	C+	B-
POLITISCHE STABILITÄT UND PHYSISCHE SICHERHEIT	B	A-	C	B-
RECHTLICHE SICHERHEIT	B-	B	C+	B-
CYBERSICHERHEIT	B	B+	B-	B
MARKTSTRUKTUR	A-	A	B-	B
ARBEITSMARKT	B	B+	B-	B

Tabelle 9: Entwicklung der Einzelratings in den Szenarien

diesen eine Perspektive zu bieten und neue Fachkräfte, auch unter Syrern zu generieren, während eine weitere, staatlich subventionierte, Absenkung der Lohnnebenkosten in mehreren Szenarien denkbar ist. Sollte es, wie im Worst-Case-Szenario und – mit Abstrichen – auch im Trend-Szenario, auch mit dem Anreiz der Vertiefung nicht gelingen, die Türkei vom Abbau bestehender und mit der Zollunion inkompatibler Handelshemmnisse und protektionistischer Zusatzzölle zu überzeugen, könnte jedoch auch die verarbeitende Industrie im Land ebenso an Attraktivität verlieren wie die einheimische Wirtschaft gegenüber Konkurrenzprodukten aus Drittländern, die schon jetzt mit der EU über Freihandelsabkommen verhandeln.

Inwieweit die im Worst- und Trendszenario ange deutete Kreditkrise der türkischen Privatwirtschaft

das teilweise dramatisch dargestellte Ausmaß annimmt, oder Ankara nach den Kommunalwahlen im März 2019 zu einer Spar- und orthodoxen Geldpolitik zurückkehrt, liegt insbesondere in der Hand von Staatspräsident Erdogan. Dieser hat einerseits in den vergangenen Jahren teils persönlich zur massiven Verunsicherung ausländischer Investoren beigetragen, sitzt andererseits aber vor allem nach der Verfassungsreform fester im Sattel, denn je zuvor. Da er weder Anstalten macht, die politisch Bühne innerhalb der nächsten Dekade zu verlassen, noch zu einem System der effektiven Gewaltenteilung zurückzukehren, werden sich die internationalen Partner trotz allem Potenzial, das die Türkei bietet, an ein dauerhaft schlechteres Niveau der rechtlichen Sicherheit im Land anpassen oder gewöhnen müssen.

9. WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Cagaptay, Soner (2017): *The New Sultan: Erdogan and the Crisis of Modern Turkey*, London: I.B. Tauris & Co.

Kirisci, Kemal (2015): *Turkey and the West: Fault Lines in a Troubled Alliance*, Washington, D.C.: Brookings Institution Press.

Tocci, Nathalie (2016): *Turkey and the European Union: Scenarios for 2023*, in: FEUTURE Background Paper, abrufbar online unter http://www.iai.it/sites/default/files/feuture_1.pdf.

Waldman, Simon/Caliskan, Emre (2017): *The New Turkey and its discontents*, Oxford: Oxford University Press.

Yalcin, Erdal/Aichele, Rahel/Felbermayr Gabriel (2016): *Die EU-Integration der Türkei am Scheideweg, Welche Folgen hat die neue EU-Handelspolitik für die europäisch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen und wie kann ihnen begegnet werden?*, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, abrufbar online unter https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/Bst/Publikationen/GrauePublikationen/NW_Tuerkei_EU-Integration.pdf.

10. ENDNOTEN

1. CIA World Fact Book (2018): Turkey (07 2018), abrufbar online unter <https://www.cia.gov/library/publications/resources/the-world-factbook/geos/tu.html> (Zugriff 19.07.2018); Statista (2018): Türkei: Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen von 2008 bis 2018, abrufbar online unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14416/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-der-tuerkei/> (Zugriff 19.07.2018).
2. CIA World Fact Book (2018): Turkey (07 2018), abrufbar online unter <https://www.cia.gov/library/publications/resources/the-world-factbook/geos/tu.html> (Zugriff: 19.07.2018).

3. Statista (2018): Türkei: Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen von 2008 bis 2018, abrufbar online unter <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/14416/umfrage/bruttoinlandsprodukt-in-der-tuerkei/> (Zugriff: 19.07.2018).
4. Rzaeva, Gulmira (2018): "Gas Supply Changes in Turkey", Oxford: The Oxford Institute for Energy Studies, January 2018, S.1-19, abrufbar online unter <https://www.oxfordenergy.org/wpcms/wp-content/uploads/2018/01/Gas-Supply-Changes-in-Turkey-Insight-24.pdf> (Zugriff: 19.07.2018).
5. Taspınar, Ömer "End of the Turkish Model" Survival, Vol. 56, No. 2, (April-May 2014), S.1-16.
6. Beichev, Dmitar; Hiltermann, Joost (2017): Turkey's Forays into the Middle East, in: Turkish Policy Quarterly, abrufbar online unter http://turkishpolicy.com/article/879/turkeys-forays-into-the-middle-east#_ftn1 (Zugriff: 19.07.2018).
7. Caliskan, Koray (2017): Explaining the End of Military Tutelary Regime and the July 15 Coup Attempt in Turkey, in: Journal of Cultural Economy, 10(1), S.97-111, abrufbar online unter <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/17530350.2016.1260628?src=recsys&> (Zugriff: 19.07.2018).
8. Taspınar, Ömer "End of the Turkish Model" Survival, Vol. 56, No. 2, (April-May 2014), S.1-16.
9. Tharoor, Ishaan (2018): Turkey's Erdogan Wages a Dangerous War on Many Fronts, in: The Washington Post (31.01.2018), abrufbar online unter https://www.washingtonpost.com/news/worldviews/wp/2018/31.01.turkeys-erdogan-wages-a-dangerous-war-on-many-fronts/?noredirect=on&utm_term=.17a79221d497 (Zugriff: 19.05.2018).
10. o.A. (2018): Turkey Notches Rapid Growth but Current Account Deficit Widens, abrufbar online unter <https://www.ft.com/content/703c8d58-6d43-11e8-852d-d8b934ff5ffa> (Zugriff: 19.07.2018); Coface (2018): Turkey Major Macro Economic Indicator, abrufbar online unter <http://www.coface.com/Economic-Studies-and-Country-Risks/Turkey> (Zugriff: 19.07.2018); o.A. (2018): Turkey's Current Account Gap Widens in May, in: Daily News Online (11.07.2018), abrufbar online unter <http://www.hurriyetdailynews.com/turkeys-current-account-gap-widens-in-may-134441> (Zugriff: 19.07.2018); OECD (2018): Current account balance (indicator), abrufbar online unter [10.1787/b2f74f3a-en](https://data.oecd.org/trade/current-account-balance.htm) (Zugriff: 17.07.2018); o.A. (2018): How Turkey Fell from Investment Darling to Junk-rated Emerging Market, in: The Economist Online (19.05.2018), abrufbar online unter <https://econ.st/2lKciLx> (Zugriff: 19.07.2018).
11. o.A. (2018): Turkish President Erdogan Issues Edict-like Decrees Reshaping Institutions, abrufbar online unter <https://stockholmcf.org/turkish-president-erdogan-issues-edict-like-decrees-reshaping-institutions/> (Zugriff: 19.05.2018).
12. European Commission (2018): European Civil Protection And Humanitarian Aid Operations: Syria (10.04.2018), abrufbar online unter https://ec.europa.eu/echo/files/aid/countries/factsheets/turkey_syrian_crisis_en.pdf (Zugriff: 19.07.2018).
13. o.A. (2018): Anti-Syrian Riots in SE Turkey Over Alleged Syrian Molestation of Little Girl, in: The Apricity (07.06.2018), abrufbar online unter <https://www.theapricity.com/forum/showthread.php?251065-Anti-Syrian-riots-in-SE-Turkey-over-alleged-Syrian-molestation-of-little-girl> (Zugriff: 19.07.2018); International Crisis Group (2018): Turkey's Syrian Refugees: Defusing Metropolitan Tensions (29.01.2018), abrufbar online unter <https://bit.ly/2nsz1Ps> (Zugriff: 19.07.2018).
14. Tocci, Nathalie (2014): Turkey and the European Union - A Journey in the Unknown, in: Brookings, S. 2, abrufbar online unter <https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/06/Turkey-and-the-European-Union.pdf> (Zugriff: 19.05.2018).
15. Invest in Turkey: Außenhandel, abrufbar online unter <https://bit.ly/2M8WEHP> (Zugriff: 19.05.2018).
16. o.A.(2018): Turkey Notches Rapid Growth but Current Account Deficit Widens, in: Financial Times (11.01.2018), abrufbar online unter <https://www.ft.com/content/703c8d58-6d43-11e8-852d-d8b934ff5ffa> (Zugriff: 19.05.2018); Coface (2018): Economic Studies and Country Risks: Turkey (06/2018), abrufbar online unter <http://www.coface.com/Economic-Studies-and-Country-Risks/Turkey> (Zugriff: 19/05/2018); o.A.(2018): Turkey's Current Account Gap Widens in May, in: Hurriyet Daily News (11.07.2018), abrufbar online unter <http://www.hurriyetdailynews.com/turkeys-current-account-gap-widens-in-may-134441> (Zugriff: 07/12/2018); OECD (2018): Current Account Balance (Indicator), abrufbar online unter <https://data.oecd.org/trade/current-account-balance.htm> (Zugriff: 17.07.2018), o.A.(2018): How Turkey Fell From Investment Darling to Junk-rated Emerging Market, in: The Economist (19.07.2018), abrufbar online unter <https://econ.st/2lKciLx> (Zugriff: 11.07.2018).
17. International Monetary Fund (2018): Countries: Turkey (03/2018), abrufbar online unter <http://www.imf.org/en/Countries/TUR> (Zugriff: 05/17/2018); Kauffmann Bossart, Marco (2018): Türkische Unternehmen ächzen unter der Schuldenlast, in: Neue Zürcher Zeitung (13.03.2018), abrufbar online unter <https://www.nzz.ch/wirtschaft/tuerkische-unternehmen-aechzen-unter-der-schuldenlast-ld.1363405> (Zugriff: 19.07.2018).
18. European Commission (2018): Syria, abrufbar online unter https://ec.europa.eu/echo/files/aid/countries/factsheets/turkey_syrian_crisis_en.pdf (Zugriff: 19.07.2018).
19. Simsek, Dogus/Koser Akcapar, Sebnem (2018): The Politics of Syrian Refugees in Turkey: A Question of Inclusion and Exclusion through Citizenship. Social Inclusion, 6(1), S.176-187, abrufbar online unter <https://bit.ly/2OwJRR8> (Zugriff: 19.07.2018).
20. o.A.(2018): Anti-Syrian Riots in SE Turkey Over Alleged Syrian Molestation of Little Girl, in: The Apricity, in: The Apricity (07.06.2018), abrufbar online unter <https://bit.ly/2OxMK4d> (Zugriff: 19.07.2018); International Crisis Group (2018): Turkey's Syrian Refugees: Defusing Metropolitan Tensions, abrufbar online unter <https://bit.ly/2nsz1Ps> (Zugriff: 19.07.2018)
21. Euler Hermes: Turkey Country Report, abrufbar online unter <https://bit.ly/202aiNC> (Zugriff: 19.07.2018).
22. Aebersold Szalay, Claudia (2016): Der Handel mit der Türkei wird riskanter, in: Neue Zürcher Zeitung, abrufbar online unter <https://bit.ly/200PJkt> (Zugriff: 19.07.2018).
23. Fitch Ratings(2018): Turkey – Rating Action Report, abrufbar online unter <https://www.fitchratings.com/site/re/10038182> (Zugriff: 19.07.2018).
24. Coface (2018): Türkische Wirtschaft wächst kräftig, abrufbar online unter <https://bit.ly/2ArGiLQ> (Zugriff: 19.07.2018); Zschäpitz, Holger (2018): Erdogan zahlt für seine Allmacht einen hohen Preis, in: Welt (09.03.2018), abrufbar online unter <https://bit.ly/2LKHuMI> (Zugriff: 19.07.2018).

25. Fitch Ratings(2018): Turkey – Rating Action Report, abrufbar online unter <https://www.fitchratings.com/site/re/10038182> (Zugriff: 19.07.2018).
26. Dieser Report berücksichtigt physische Sicherheit einzig bezüglich politischer Gewalt, nicht jedoch hinsichtlich Kriminalität oder anderer Risiken.
27. de Bellaigue, Christopher (2013): Turkey: 'Surreal, Menacing... Pompous', in: The New York Review of Books (12/19/2013), abrufbar online unter <http://www.nybooks.com/articles/2013/12/19/turkey-surreal-menacing-pompous/?pagination=false> (Zugriff: 19.07.2018); Sokollu, Senada (2014): Death of Gezi Park Protest Victim Enrages Turkey, in: Deutsche Welle (03/13/2014), abrufbar online unter <https://www.dw.com/en/death-of-gezi-park-protest-victim-enrages-turkey/a-17494893> (Zugriff: 19.07.2018).
28. Amnesty International UK (2015): Turkey: New Bill Gives Police 'Draconian' New Anti-protest Powers, abrufbar online unter <https://www.amnesty.org.uk/press-releases/turkey-new-bill-gives-police-draconian-new-anti-protest-powers> (Zugriff: 19.07.2018).
29. Turkey Purge (2018): Turkey's Post-coup Crackdown, abrufbar online unter <https://turkeypurge.com> (Zugriff: 19.07.2018).
30. Beiser, Elana (2017): Record Number of Journalists Jailed as Turkey, China, Egypt Pay Scant Price for Repression, in: Committee to Protect Journalists (13.12.2017), abrufbar online unter <https://cpj.org/reports/2017/12/journalists-prison-jail-record-number-turkey-china-egypt.php> (Zugriff: 19.07.2018).
31. Schenckan, Nate (2018): The Remarkable Scale of Turkey's "Global Purge", in: Foreign Affairs (29.01.2018), abrufbar online unter <https://www.foreignaffairs.com/articles/turkey/2018-01-29/remarkable-scale-turkeys-global-purge> (Zugriff: 19.07.2018).
32. Mandiraci, Berkay (2016): Turkey's PKK Conflict: The Death Toll, in: International Crisis Group (20.06.2016), abrufbar online unter <https://www.crisisgroup.org/europe-central-asia/western-europemediterranean/turkey/turkey-s-pkk-conflict-death-toll> (Zugriff: 19.07.2018).
33. o.A. (2018): Rocket Fired From Syria by YPG Hits Turkey's Kilis, in: Hurriyet Daily News (01.02.2018), abrufbar online unter <http://www.hurriyetaidailynews.com/rocket-fired-from-syria-by-ypg-hits-turkeys-kilis-126659> (Zugriff: 19.07.2018).
34. Clarke, Colin/Yayla, Ahmet (2018): Erdogan's Fatal Blind Spot, in: Foreign Policy (02/15/2018), abrufbar online unter <https://foreignpolicy.com/2018/02/15/erdogans-fatal-blind-spot/> (Zugriff: 19.07.2018).
35. Cancian, Matthew (2018): Navigating the Minefield: a Creative Solution to Defuse the US-Turkish Crisis in Kurdish Syria, in: Modern War Institute (02/23/2018), abrufbar online unter <https://mwi.usma.edu/navigating-minefield-creative-solution-defuse-us-turkish-crisis-kurdish-syria/> (Zugriff: 19.07.2018).
36. o.A. (2017): Cyprus talks: Erdogan Dismisses Full Turkish Troop Withdrawal, in: BBC News (01/13/2018), abrufbar online unter <https://www.bbc.com/news/world-europe-38609828> (Zugriff: 19.07.2018).
37. Weise, Zia (2018): Med Natural Gas Find Brings Conflict Dividends, in: Politico (06/03/2018), abrufbar online unter <https://www.politico.eu/article/natural-gas-mediterranean-cyprus-turkey-more-gas-more-problems/> (Zugriff: 19.07.2018).
38. International Crisis Group (2017): Managing Turkey's PKK Conflict: The Case of Nusaybin, Report N° 243 (02.05.2017), abrufbar online unter <https://www.crisisgroup.org/europe-central-asia/western-europemediterranean/turkey/243-managing-turkeys-pkk-conflict-case-nusaybin> (Zugriff: 19.07.2018).
39. World Justice Project (2018): Rule of Law Index 2017-2018, Turkey, abrufbar online unter <http://data.worldjusticeproject.org/#groups/TUR> (Zugriff: 19.07.2018).
40. Auswärtiges Amt (2018): Türkei: Reise- und Sicherheitshinweise (19.07.2018), abrufbar online unter <https://www.auswaertiges-amt.de/de/tuerkeisicherheit/201962> (Zugriff: 19.07.2018).
41. Kuntz, Katrin (2016): Children of the PKK: The Growing Intensity of Turkey's Civil War, in: Spiegel Online (12.02.2016), abrufbar online unter <http://www.spiegel.de/international/world/escalating-turkish-civil-war-sees-young-fighters-on-front-a-1076663.html> (Zugriff: 19.07.2018).
42. International Crisis Group (2017): Managing Turkey's PKK Conflict: The Case of Nusaybin, Report N° 243 (02.05.2017), abrufbar online unter <https://www.crisisgroup.org/europe-central-asia/western-europemediterranean/turkey/243-managing-turkeys-pkk-conflict-case-nusaybin> (Zugriff: 19.07.2018).
43. Auswärtiges Amt (2018): Türkei: Reise- und Sicherheitshinweise (19.07.2018), abrufbar online unter https://www.auswaertiges-amt.de/de/tuerkeisicherheit/201962#content_0 (Zugriff: 19.07.2018).
44. Erdemir, Aykan/Edelmann, Eric (2018): Erdogan's Hostage Diplomacy Western Nationals in Turkish Prisons, abrufbar online unter http://www.defenddemocracy.org/content/uploads/documents/REPORT_Erdogan_Hostages.pdf, S.6-9.
45. Nodirbek, Soliev (2017): The Terrorist Threat in Turkey: A Dangerous New Phase Counter Terrorist Trends and Analyses, Aufl. 9, Nr. 4 (April 2017), S.24-29.
46. World Justice Project (2018): The WJP Rule of Law Index 2017–2018 Report, abrufbar online unter https://worldjusticeproject.org/sites/default/files/documents/WJP-ROLI-2018-June-Online-Edition_0.pdf, S.23 (Zugriff: 19.07.2018).
47. ebd.
48. o.A. (2018): Turkey Elections Impacted by Restrictions on Freedom, says OSCE, in: Deutsche Welle (025.06.2018), abrufbar online unter <https://www.dw.com/en/turkey-elections-impacted-by-restrictions-on-freedom-says-osce/a-44383711> (Zugriff: 19.07.2018).
49. Republik Türkei (2018): Die Verfassung der Republik Türkei (Stand: Juni 2018), Übersetzung von Rumpf, Christian, abrufbar online unter <http://www.tuerkei-recht.de/downloads/verfassung.pdf> (Zugriff: 19.07.2018)

50. Schüller, Gökçe Uzar (2016): Länderreport Türkei, in: RIW 12/2016, S.804-807, abrufbar online unter http://www.gvw.com/uploads/tx_news/riw-12-2016-Uzar-Schueller.pdf (Zugriff: 19.07.2018); European Commission For Democracy Through Law (Venice Commission) (2016): Turkey Emergency Decree Laws Of July - September 2016 (10.11.2016), S.667–674, abrufbar online unter [http://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-REF\(2016\)061-e](http://www.venice.coe.int/webforms/documents/default.aspx?pdffile=CDL-REF(2016)061-e) (Zugriff: 19.07.2018).
51. o.A. (2018): Turkey seized \$11 Billion of Company Assets – Study, in: Ahval News (06/06/2018), abrufbar online unter <https://ahvalnews.com/turkey-business/turkey-seized-11-billion-company-assets-study-0> (Zugriff: 19.07.2018).
52. Miller, Terry/Kim, Anthony B. Kim/Roberts, James M. (2018): Index of Economic Freedom 2018. Washington, D.C.: The Heritage Foundation, S.98, abrufbar online unter https://www.heritage.org/index/pdf/2018/book/index_2018.pdf (Zugriff: 02/20/2018).
53. Export.gov (2018): Turkey- Protection of Property Rights, abrufbar online unter <https://www.export.gov/article?id=Turkey-Protection-of-Property-Rights> (Zugriff: 07/15/2018).
54. European Commission (2018): Turkey 2018 Report, S.27, Strasbourg: European Commission.
55. o.A. (2010): In der Türkei gewinnt die Demokratie, in: Zeit Online (12.09.2010), abrufbar online unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2010-09/tuerkei-volksabstimmung> (Zugriff: 19.07.2018).
56. Rumpf, Christian (2017): Das "neue" politische System der Türkei, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (17.10.2017), abrufbar online unter <http://www.bpb.de/internationales/europa/tuerkei/253181/das-neue-politische-system-der-tuerkei> (Zugriff: 19.07.2018).
57. World Justice Project (2018): Rule of Law Index 2017-2018, Turkey, abrufbar online unter <http://data.worldjusticeproject.org/#groups/TUR> (Zugriff: 19.07.2018).
58. World Bank Group (2018): Doing Business 2018. Reforming to Create Jobs. Economy Profile of Turkey, S.59, abrufbar online unter <http://www.doingbusiness.org/~media/WBG/DoingBusiness/Documents/Profiles/Country/TUR.pdf>. (Zugriff: 19.07.2018).
59. ebd., S.59.
60. ebd., S.60.
61. The Heritage Foundation (2018): Index of Economic Freedom: Turkey, S.415, abrufbar online unter <https://www.heritage.org/index/pdf/2018/countries/turkey.pdf> (Zugriff: 19.07.2018).
62. ebd.
63. European Commission (2018): Turkey 2018 Report, S.27, Strasbourg: European Commission.
64. European Commission (2018): Turkey 2018 Report, S.27f, Strasbourg: European Commission.
65. United Nations Office on Drugs and Crime (2018): Turkey, abrufbar online unter <http://www.unodc.org/unodc/treaties/CAC/country-profile/CountryProfile.html?code=TUR> (Zugriff: 19.07.2018); Transparency International (2016): Fighting Corruption Is Failing In EU Accession Countries In The Western Balkans And Turkey (10.11.2016), abrufbar online unter https://www.transparency.org/news/pressrelease/fighting_corruption_is_failing_in_eu_accession_countries_in_the_western_bal (Zugriff: 19.07.2018).
66. World Justice Project (2018): Rule of Law Index 2017-2018, Turkey, abrufbar online unter <http://data.worldjusticeproject.org/#groups/TUR> (Zugriff: 19.07.2018).
67. World Justice Project (2018): Rule of Law Index 2017-2018, Turkey, abrufbar online unter <http://data.worldjusticeproject.org/#groups/TUR> (Zugriff: 19.07.2018).
68. Transparency International (n.d.): Turkey, abrufbar online unter <https://www.transparency.org/country/TUR> (Zugriff 19.07.2018); Orucoglu, Berivan: Why Turkey's Mother of All Corruption Scandals Refuses to Go Away, in: Foreign Policy (06.01.2015), <http://foreignpolicy.com/2015/01/06/why-turkeys-mother-of-all-corruption-scandals-refuses-to-go-away/>, (Zugriff 19.07.2018).
69. International Telecommunication Unit (ITU) (2017): Global Cybersecurity Index 2017, Geneva: ITU, S.15, abrufbar online unter https://www.itu.int/dms_pub/itu-d/opb/str/D-STR-GCI.01-2017-PDF-E.pdf (Zugriff: 02/20/2018).
70. ebd., S.34.
71. The Economist Intelligence Unit (2011): Cyber Power Index. Findings and Methodology, S.4, abrufbar online unter <https://www.sbs.ox.ac.uk/cybersecurity-capacity/system/files/EIU%20-%20Cyber%20Power%20Index%20Findings%20and%20Methodology.pdf> (Zugriff: 20.02.2018).
72. Vyskov, Maria (2017): Modern Cybersecurity Strategy of Turkey, in: Center for Strategic Assessment and Forecasts (09.10.2017), abrufbar online unter <http://csef.ru/en/oborona-i-bezopasnost/272/sovremennaya-strategiya-kiberbezopasnosti-turczii-8028> (Zugriff: 20.02.2018).
73. Lee, Robert M./ Assante, Michael J./ Conway, Tim (2014): Media Report of the Baku-Tbilisi-Ceyhan (BTC) Pipeline Cyber Attack, in: SANS ICS (20.12.2014), abrufbar online unter <https://ics.sans.org/media/Media-report-of-the-BTC-pipeline-Cyber-Attack.pdf> (Zugriff: 19.07.2018).
74. Gürbüz, Seyma Nazli (2017): Turkey Adopts Cybersecurity Strategy, Fights Cyberterrorism, in: Daily Sabah (10.08.2017), abrufbar online unter <https://bit.ly/2n6XF8C> (Zugriff: 19.07.2018); Martin, Timothy W. (2018): 'Operation GhostSecret': North Korea Is Suspected in Intensifying Global Cyberattack, in: The Wall Street Journal (25.04.2018), abrufbar online unter <https://www.wsj.com/articles/operation-ghostsecret-north-korea-is-suspected-in-intensifying-global-cyberattack-1524629807> (Zugriff: 19.07.2018).

75. Anonymous Greece (2018): Turkish Banks and Erdogan's Private Army Hacked, in: Medium (15.02.2018), abrufbar im Internet unter <https://medium.com/@anonopsgr/anonymous-greece-turkish-banks-and-erdogans-private-army-hacked-71ad8dff7ece> (Zugriff: 19.07.2018); Mills, Elinor (2011): Anonymous Takes Down Turkish Site to Protest Censorship, in: CNET (09.07.2018), abrufbar im Internet unter <https://www.cnet.com/news/anonymous-takes-down-turkish-site-to-protest-censorship/> (Zugriff: 19.07.2018).
76. Ashok, India (2016): WikiLeaks Releases Over 57,000 Personal Emails of Erdogan's Son-in-law Berat Albayrak, in: International Business Times (12.06.2018), abrufbar online unter <https://www.ibtimes.co.uk/wikileaks-releases-over-57000-personal-emails-erdogans-son-law-berat-albayrak-1595033> (Zugriff: 19.07.2018).
77. Farid, Farid (2017): Turkey Has Blocked Wikipedia and Is Censoring Twitter, in: Motherboard (20.04.2017), abrufbar im Internet unter https://motherboard.vice.com/en_us/article/z4pppe/turkey-has-blocked-wikipedia-and-is-censoring-twitter (Zugriff: 19.07.2018); Twitter (o.D.): Transparency Report: Turkey, abrufbar im Internet unter <https://transparency.twitter.com/en/countries/tr.html> (Zugriff: 19.07.2018).
78. Council of Europe (2018): Turkey. Status Regarding Budapest Convention (24.11.2017), abrufbar online unter <https://bit.ly/2Aykjiz> (Zugriff: 19.07.2018).
79. Council of Europe (o.D.): Cybercrime Policies/Strategies, abrufbar online unter <https://bit.ly/2Aykjiz> (Zugriff: 19.07.2018).
80. Zeldin, Wendy (2014): Turkey: Law on Internet Publications Amended, in: Library of Congress (24.02.2014), abrufbar online unter <https://www.loc.gov/law/foreign-news/article/turkey-law-on-internet-publications-amended/> (Zugriff: 19.07.2018).
81. The Economist Intelligence Unit (2011): Cyber Power Index, S.5; International Telecommunication Union (ITU) (2015): Global Cybersecurity Index & Cyberwellness Profiles, Geneva: ITU, S.14, abrufbar im Internet unter https://www.itu.int/dms_pub/itu-d/opb/str/D-STR-SECU-2015-PDF-E.pdf (Zugriff: 01.06.2018); International Telecommunication Union (2017): Global Cybersecurity Index 2017, S.37.
82. Federal Ministry for Economic Affairs and Energy (2017): First Steps by the G20 Towards the Implementation of the Roadmap Adopted 7 April 2017 in Düsseldorf, abrufbar online unter <https://bit.ly/2LFyskd> (Zugriff: 19.07.2018).
83. Ministry of Transport, Maritime Affairs and Communications (o.D.): National Cyber Security Strategy and 2013-2014 Action Plan, abrufbar online unter https://www.enisa.europa.eu/topics/national-cyber-security-strategies/ncss-map/TUR_CyberSecurity.pdf, S.6f., (Zugriff: 19.07.2018).
84. Ibid, S.19.
85. Information and Communication Technologies Authority (o.D.): ICTA Activity Report 2016, S.15, abrufbar online unter https://eng.btk.gov.tr/File/?path=ROOT%2f1%2fDocuments%2fPages%2fAnnual_Reports%2f2016_+FaaliyetraporulNG.pdf (Zugriff: 19.07.2018); Simsek, Baris (2017): 'White Hat' Hackers Team to Defend Turkey, in: Daily Sabah (14.01.2018), abrufbar online unter <https://bit.ly/2OBWeLL> (Zugriff: 19.07.2018).
86. International Telecommunication Unit (ITU) (2017): Global Cybersecurity Index 2017, Geneva: ITU, S.37, abrufbar online unter https://www.itu.int/dms_pub/itu-d/opb/str/D-STR-GCI.01-2017-PDF-E.pdf (Zugriff: 02/20/2018).
87. The Economist Intelligence Unit (2011): Cyber Power Index. Findings and Methodology, S.6, abrufbar online unter <https://bit.ly/2M4TxRc> (Zugriff: 16.01.2018).
88. International Telecommunication Unit (ITU) (2017): Global Cybersecurity Index 2017, Geneva: ITU, S.37, abrufbar online unter https://www.itu.int/dms_pub/itu-d/opb/str/D-STR-GCI.01-2017-PDF-E.pdf (Zugriff: 02/20/2018).
89. Gürbüz, Seyma Nazli (2017): Turkey Adopts Cybersecurity Strategy, Fights Cyberterrorism, in: Daily Sabah (10.08.2017), abrufbar online unter <https://bit.ly/2mGaohW> (Zugriff: 20.07.2018).
90. CAP (o.D.): Wirtschaftliche Entwicklung in der Türkei, abrufbar online unter <https://www.cap-lmu.de/themen/tuerkei/wirtschaft/entwicklung.php> (Zugriff: 20.07.2018).
91. The World Bank (2018): Turkey. Inflation, Consumer Prices (Annual %) 1997-2016, abrufbar online unter <https://data.worldbank.org/indicator/FS.CPI.TOTL.ZG?end=2016&locations=TR&start=1997> (Zugriff: 20.07.2018).
92. European Commission (2018): Turkey 2008 Progress Report, S.29, abrufbar online unter <https://bit.ly/2M7sepg> (Zugriff: 19.07.2018).
93. Felbermayr, Gabriel; Aichele, Rahel; Yalcin, Erdal (2016): EU-Turkish Customs union: How to Proceed, in: VOX (23/07/2018), abrufbar online unter <https://voxeu.org/article/eu-turkish-customs-union-how-proceed> (Zugriff: 19.07.2018).
94. The Heritage Foundation (2018): Index of Economic Freedom: Turkey, abrufbar online unter <https://www.heritage.org/index/country/turkey> (Zugriff: 20.07.2018).
95. o.A. (2018): Government prepares 'reform package' in bid to lure investors to Turkey: Deputy PM, in: Hurriyet Daily News (30.01.2018), abrufbar online unter <https://bit.ly/2vbl9xN> (Zugriff: 20.07.2018); World Bank Group (2018): Doing Business 2018. Reforming to Create Jobs. Economy Profile of Turkey, S.4, abrufbar online unter <https://bit.ly/2vbGozh> (Zugriff: 20.07.2018).
96. ebd., S.6.
97. The Heritage Foundation (2018): Index of Economic Freedom: Turkey, abrufbar online unter <https://www.heritage.org/index/country/turkey#regulatory-efficiency> (Zugriff: 20.07.2018); World Bank Group (2018): Doing Business 2018. Reforming to Create Jobs. Economy Profile of Turkey, S.6, abrufbar online unter <http://www.doingbusiness.org/~media/WBG/DoingBusiness/Documents/Profiles/Country/TUR.pdf> (Zugriff: 20.07.2018); o.A. (2018): Government prepares 'reform package' in bid to lure investors to Turkey: Deputy PM, in: Hurriyet Daily News (30.01.2018), abrufbar online unter <http://www.hurriyetdailynews.com/government-prepares-reform-package-in-bid-to-lure-investors-to-turkey-deputy-pm-126504> (Zugriff: 20.07.2018).

98. Invest in Turkey (o.D.): 10 Reasons To Invest in Turkey, abrufbar online unter <http://www.invest.gov.tr/en-US/investmentguide/Pages/10ReasonS.aspx> (Zugriff: 20.07.2018); OECD (2018): OECD FDI Regulatory Restrictiveness Index, abrufbar online unter <https://stat.s.oecd.org/Index.aspx?datasetcode=FDIINDEX#> (Zugriff: 20.07.2018).
99. The Heritage Foundation (2018): Index of Economic Freedom: Turkey Overall Score, abrufbar im Internet unter <https://www.heritage.org/index/visualize?cnts=turkey&type=6> (Zugriff: 19.07.2018).
100. Santander (2018): Turkey: Foreign Investment FDI (Juli 2018), abrufbar online unter <https://bit.ly/2O4aqwb> (Zugriff: 20.07.2018).
101. ebd.
102. ebd.
103. ebd.
104. Gurulkan, Haluk/Cakir, Yasin (2017): Foreign Direct Investments in Turkey, S.3, abrufbar online unter <http://www.gurulkan.com/Docs/Publications/991834572.pdf> (Zugriff: 20.07.2018).
105. Avukatlik, Cakmak (2012): New Investment Incentive Package in Turkey (19.06.2012), S.1-4, abrufbar online unter http://www.cakmak.av.tr/articles/Corporat_MA/New%20Investment%20Incentive%20Package%20in%20Turkey.pdf (Zugriff: 20.07.2018).
106. The Heritage Foundation (2018): Index of Economic Freedom: Turkey, retrievable online at <https://www.heritage.org/index/country/turkey#regulatory-efficiency> (accessed 07/20/2018); The Observatory Of Economic Complexity (2018): Turkey, abrufbar online unter <https://atlas.media.mit.edu/en/profile/country/tur/> (Zugriff: 20.07.2018).
107. Miller, Terry/Kim, Anthony B./Roberts, James M. (2018): 2018 Index of Economic Freedom, S.425.
108. Heritage Foundation (o.D.): Turkey: Overall Score, abrufbar online unter <https://www.heritage.org/index/visualize?cnts=turkey&type=6> (Zugriff: 19.07.2018).
109. World Economic Forum (n.d.): Global Competitiveness Report 2017–2018, S.293., retrievable online at <https://bit.ly/2mY8XMi>, (accessed 20.07.2018).
110. IHK24 (2018): Türkei: Zusatzzölle und IHK-Ursprungszeugnis zusätzlich zur A.TR, abrufbar online unter https://www.osnabrueck.ihk24.de/international/Aktuelles_International/tuerkei—zusatzzoelle-und-ihk-uz-zusaetzlich-zur-a-tr/3967234 (Zugriff: 19.07.2018).
111. o.A. (2018): Erdogan verstärkt Einfluss auf türkische Notenbank, in: Handelsblatt (10.07.2018), abrufbar online unter <https://bit.ly/2vsn7sT> (Zugriff: 20.07.2018).
112. ebd.
113. ebd.
114. Funk Gruppe (2018): Funk Political Risk Map, abrufbar online unter <https://www.funk-gruppe.de/de/themen-blog/risikomanagement/politische-laender-gefahren-weltweit-analysieren/funk-political-risk-map/> (Zugriff: 16.01.2018).
115. ebd.
116. Miller, Terry/Kim, Anthony B./Roberts, James M. (2018): 2018 Index of Economic Freedom, S.425.
117. Index of Economic Freedom (2018): Turkey, Washington D.C.: Heritage Foundation, abrufbar online unter <https://www.heritage.org/index/visualize?cnts=turkey&type=5> (Zugriff: 16.01.2018).
118. o.A. (2018): Deutsche Export-Bürgschaften für die Türkei haben zugelegt, in: Spiegel Online (26.02.2018), abrufbar online unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/tuerkei-deutsche-hermes-export-buergschaften-haben-trotz-krise-zugelegt-a-1195366.html> (Zugriff: 16.01.2018).
119. o.A. (2017): EU kürzt Türkeihilfen, in: Zeit Online (18.11.2017), abrufbar online unter <https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-11/europaparlament-haushalt-tuerkei-beitritt-kuerzung> (Zugriff: 01.06.2018).
120. Çamlıbel Cansu (2018): Magnitsky Sanctions List Against Turks Shaping up at the Capitol Hill, in: Hurriyet Daily News (26.05.2018), abrufbar online unter <http://www.hurriyetaidailynews.com/opinion/cansu-camlibel/magnitsky-sanctions-list-against-turks-shaping-up-at-the-capitol-hill-132384> (Zugriff: 19.07.2018).
121. International Crisis Group (2018): (2018): Russia and Turkey in the Black Sea and the South Caucasus, abrufbar online unter <https://www.crisisgroup.org/europe-central-asia/western-europemediterranean/turkey/250-russia-and-turkey-black-sea-and-south-caucasus> (Zugriff: 20.07.2018).
122. Simon, Martina (2016): Türkei, in: LIPortal, abrufbar online unter <https://www.liportal.de/tuerkei/wirtschaft-entwicklung/#c26696> (Zugriff: 20.07.2018).
123. Index Mundi (2018): Turkey GDP - Composition by Sector, abrufbar online unter https://www.indexmundi.com/turkey/gdp_composition_by_sector.html (Zugriff: 20.07.2018).
124. Simon, Martina (2016): Türkei, in: LIPortal, abrufbar online unter <https://www.liportal.de/tuerkei/wirtschaft-entwicklung/#c26696> (Zugriff: 20.07.2018).
125. The Observatory Of Economic Complexity (2018): Turkey, abrufbar online unter <https://atlas.media.mit.edu/de/profile/country/tur/> (Zugriff: 20.07.2018).
126. Könhe, Gunnar (2017): Das Türkei-Wunder, in: Zeit Online (13.12.2017), abrufbar online unter <https://www.zeit.de/2017/52/wirtschaftswachstum-tuerkei-drittes-quartal-arbeitslosigkeit-zahlen> (Zugriff: 20.07.2018).

127. Cantekinler et al. (2017): Tourism Market Overview Turkey & Istanbul 2017, 1st Half, S.5-29, abrufbar online unter https://www.ey.com/Publication/vwLUAssets/Tourism/%24FILE/EY_Tourism_Industry_Overview_2017.pdf (Zugriff: 20.07.2018).
128. ebd.
129. Simon, Martina (2016): Türkei, in: LIPortal, abrufbar online unter <https://www.liportal.de/tuerkei/wirtschaft-entwicklung/#c26696> (Zugriff: 20.07.2018); o.A. (2017): Zahl der chinesischen Touristen in der Türkei soll 2018 Höhepunkt erreichen, in: Geman.CHINA.ORG.CN (19.05.2017), abrufbar online unter http://german.china.org.cn/txt/2017-19.05.content_40851319.htm (Zugriff: 20.07.2018)
130. Bundesverband der Deutschen Industrie (2017): Modernisierung der Zollunion EU-Türkei: Notwendige Verbesserungen für den Warenhandel, Januar 2017, S.1-41, abrufbar online unter <https://bit.ly/2OAPy0B> (Zugriff: 20.07.2018).
131. ebd.
132. Dettoni, Jacopo (2018): Erdogan's Re-election Forces Investors to Adjust to Reality of 'New Turkey', in: FDI Magazine (25.06.2018), abrufbar online unter <https://www.fdiintelligence.com/Locations/Erdogan-s-re-election-forces-investors-to-adjust-to-reality-of-new-Turkey> (Zugriff: 20.07.2018).
133. Karagöl et al. (2017): National Energy And Mining Policy of Turkey, in: SETA Foundation For Political, Economic And Social Research, July 2017 N° 35, Istanbul, S.9, abrufbar online unter <https://setav.org/en/assets/uploads/2017/08/Analysis35.pdf> (Zugriff: 20.07.2018).
134. ebd., S.13f.
135. Invest in Turkey (o.D.): Demographics, abrufbar online unter <http://www.invest.gov.tr/en-US/investmentguide/investorsguide/Pages/DemographyAndLaborForces.aspx> (accessed 19.07.2019).
136. o.A. (2017): Employment And Skills Strategies In Turkey, in: OECD Reviews On Local Job Creation, OECD Publishing, Paris, S.9, abrufbar online unter <https://bit.ly/2vrsHfb> (Zugriff: 20.07.2018).
137. ebd., S.16-26.
138. European Council (2018): Assistance to Syrian Refugees in Turkey, Conference Document, S.1-6, abrufbar online unter <https://www.consilium.europa.eu/media/34146/turkey-partnership-paper.pdf> (Zugriff: 20.07.2018); International Crisis Group (2018): Turkey's Syrian Refugees: Defusing Metropolitan Tensions (29.01.2018), abrufbar online unter <https://bit.ly/2nSz1Ps> (Zugriff: 19.07.2018).
139. ebd.
140. Falco, Paolo/Keese, Mark (2017): How Does Turkey Compare?, in: OECD Employment Outlook 2017, July 2017, S.1f, abrufbar online unter <https://www.oecd.org/turkey/Employment-Outlook-Turkey-EN.pdf> (Zugriff: 19.07.2018); Ferreira, Joana (2018): Turkish Jobless Rate Drops Below 10% for 1st Time in 2 Years, in: Trading Economics (16.07.2018), abrufbar online unter <https://tradingeconomicS.com/turkey/unemployment-rate> (Zugriff: 19.07.2018).
141. o.A. (2018): Turkey Labor Force Participation Rate, in: Trading Economics, abrufbar online unter <https://tradingeconomicS.com/turkey/labor-force-participation-rate> (Zugriff: 19.07.2018).
142. Turkish Statistical Institute (2018): Labour Force Statistics, March 2018, abrufbar online unter <http://www.turkstat.gov.tr/PreHaberBultenleri.do?id=27694> (Zugriff: 19.07.2018).
143. ebd.
144. ebd.
145. ebd.
146. International Labour Organization (2017): Turkey: Key Statistics, abrufbar online unter <https://bit.ly/2vkv438> (Zugriff: 19.07.2018).
147. The World Bank (2018): Population Growth (Annual %), abrufbar online unter <https://data.worldbank.org/indicator/SS.POS.GROW?end=2016&locations=TR&start=2009&view=chart> (Zugriff: 19.07.2018).
148. Invest in Turkey (2018): Demographische Aspekte, abrufbar online unter <http://www.invest.gov.tr/de-DE/investmentguide/investorsguide/Pages/DemographyAndLaborForceS.aspx> (Zugriff: 19.07.2018).
149. Tastekin, Fehim (2018): Turkey's University Faculties Unite Against Being Divided, in: AI-Monitor (30.04.2018), abrufbar online unter <https://bit.ly/2mY8XMi> (Zugriff: 19.07.2018).
150. World Economic Forum (o.D.): Global Competitiveness Report 2017–2018, p.292f, abrufbar im Internet unter <https://bit.ly/2mY8XMi>, (Zugriff: 07/20/2018).
151. World Economic Forum (o.D.): Global Competitiveness Report 2017–2018, p.293, abrufbar im Internet unter <https://bit.ly/2mY8XMi>, (Zugriff: 07/20/2018).
152. World Economic Forum (o.D.): Global Competitiveness Report 2017–2018, p.305, abrufbar im Internet unter <https://bit.ly/2mY8XMi>, (Zugriff: 07/20/2018).
153. ebd.
154. GTAI Germany Trade & Invest (2018): Lohn- und Lohnnebenkosten-Türkei (15.06.2018), S.3, abrufbar online unter <https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Trade/Maerkte/Geschaefstpraxis/lohn-und-lohnnebenkosten,t=lohn-und-lohnnebenkosten--tuerkei,did=1930066.html?view=renderPdf> (Zugriff: 20.07.2018).
155. ebd., S.2.

156. International Labour Organization (2017): ILOSTAT Country Profiles: Turkey, abrufbar online unter <https://www.ilo.org/ilostatcp/CPDesktop/?list=true&lang=en&country=TUR> (Zugriff: 20.07.2018).
157. Ebd.
158. o.A. (2018): Die Türkeispezialisten. Arbeit und Aufenthalt in der Türkei. Das türkische Arbeitsrecht für in- und ausländische Arbeitnehmer, Januar 2018, Stuttgart, pS.1-10, abrufbar online unter http://www.tuerkei-recht.de/downloads/Arbeit_und_Aufenthalt_Tuerkei.pdf (Zugriff: 20.07.2018).
159. International Labour Organization (2017): Industrial Relations, abrufbar online unter <https://bit.ly/2v8rWbf> (Zugriff: 20.07.2018).
160. World Justice Project (2018): Rule of Law Index 2017-2018, Turkey, S.37, abrufbar online unter https://worldjusticeproject.org/sites/default/files/documents/WJP_ROLI_2017-18_Online-Edition.pdf (Zugriff: 20.07.2018).
161. o.A. (2018): Bundesregierung hebt Obergrenzen für Türkei-Bürgschaften auf, in: Handelsblatt (07/21/2018), abrufbar online unter <https://bit.ly/2LHLOY9> (Zugriff: 19.07.2018).
162. Daragahi, Borzou (2018): Erdogan Is Failing Economics 101, in: Foreign Policy (25.05.2018), abrufbar online unter <https://foreignpolicy.com/2018/05/25/erdogan-is-a-mad-economist-and-turkey-is-his-laboratory/> (Zugriff: 19.07.2018).
163. Pamuk, Humeyra/Payne, Julia (2018): Turkey's Tupras reduces Iranian Crude Purchases as U.S. Sanctions Loom, in: Reuters (20.07.2018), abrufbar online unter <https://reut.rs/2LQSnMf> (Zugriff: 21.07.2018).
164. Saygin, Deger/Hoffman, Max/Godron, Philipp (2018): How Turkey Can Ensure a Successful Energy Transition, in: Center for American Progress (10.07.2018), abrufbar online unter <https://www.americanprogress.org/issues/security/reports/2018/10.07.453281/turkey-can-ensure-successful-energy-transition/> (Zugriff: 19.07.2018).
165. Hussein, Muhammad (2018): Vision 2023: Turkey and the Post-Ottoman Anniversary, in: Memo Middle East Monitor (14.02.2018), abrufbar online unter <https://www.middleeastmonitor.com/20180212-vision-2023-turkey-and-the-post-ottoman-anniversary/> (Zugriff: 19.07.2018).



ÜBER DIE FUNK STIFTUNG

Funk-Gesellschafter Dr. Leberecht Funk gründete 2014 gemeinsam mit seiner Ehefrau Maritta die gemeinnützige Funk Stiftung. Stiftungszweck ist die Förderung von Forschungs-, Bildungs- und Praxisprojekten rund um die Themenwelt des Risiko- und Versicherungsmanagements.

Neben gezielter Projektförderung unterstützt die Stiftung Fachveranstaltungen. Ein weiteres Förderungsfeld sind kulturelle Projekte. Weitere Informationen zur Funk Stiftung finden Sie unter www.funk-stiftung.org

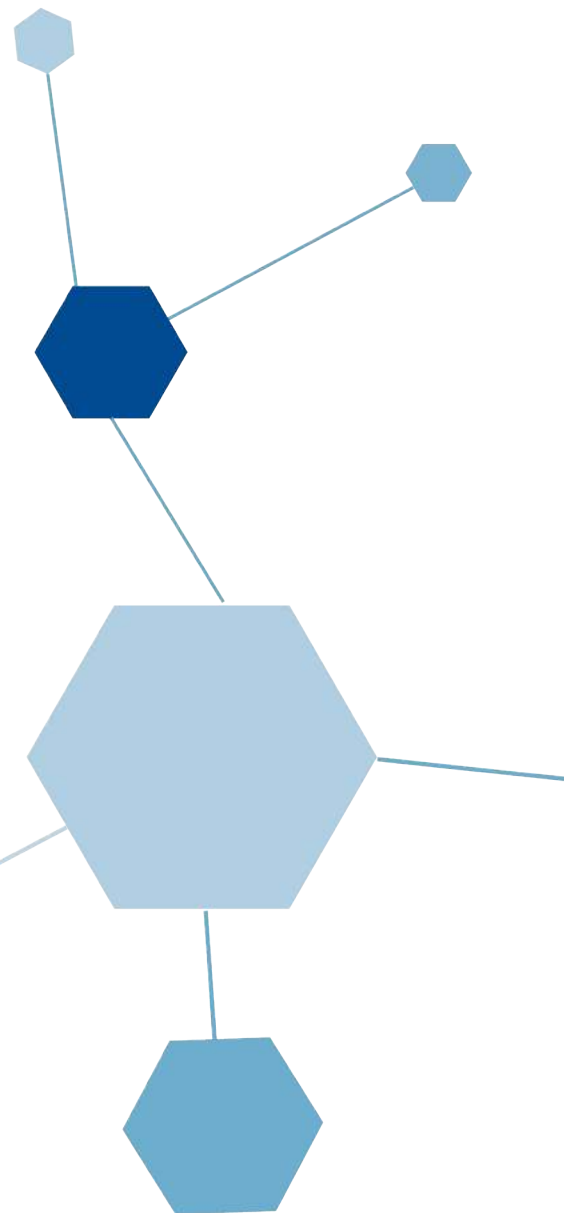


ÜBER CONIAS

Die CONIAS Risk Intelligence GmbH ist eine Ausgründung aus der Universität Heidelberg und basiert auf mehr als 20 Jahren empirischer Forschung. Durch die Analyse des globalen Konfliktgeschehens seit 1945 können aktuelle politische Krisen frühzeitig erkannt und bewertet werden.

CONIAS unterstützt Unternehmen, Verbände und Institutionen bei der Bewertung politischer Risiken. Neben einer Reihe digitaler Lösungen bietet CONIAS Beratung auch in Form von Workshops und empirisch fundierten Gutachten an.

Mehr unter: www.conias.com



Mehr Informationen zur Risikoreport-Reihe unter

www.conias.com

www.funk-stiftung.org



CONIAS
RISK
INTELLIGENCE



STIFTUNG